

12. Dezember

9 / 2019

www.landtag-mv.de



+++ 25 Jahre Landesverfassung +++ Feststunde mit Prof. Rita Süßmuth +++ Klima schützen +++ Mehr Inklusion
Notfall Kinderstation +++ Landarztquote geplant +++ Land will eigene Funkmasten +++ Personalmangel in der
Justiz +++ Parlamentarische Baukommission +++ Sitzungskalender 2020 +++



Titelfoto: Uwe Sinnecker

3	25 Jahre Verfassung	Feststunde mit der ehemaligen Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rita Süßmuth
6 – 19	AUS DEM PLENUM Aktuelle Stunde	„Klima schützen heißt Zukunft sichern - sozial ausgewogen und gerecht“ (auf Antrag der Fraktion der SPD)
7 – 11	Auszüge aus der Originaldebatte	Thomas Krüger (SPD), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Bert Obereiner (AfD), Dietmar Eifler (CDU), Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE)
12 – 19	Berichte	Verträge für Rettungsdienste bleiben befristet Landtag beschließt neues Schulgesetz Debatte um Kinderklinik Parchim Sorge um den Güterverkehr Nachbesserungen am Agrarpaket
20 – 21	Weitere Meldungen	Neue Regeln für Wohlfahrtsverbände Land will eigene Funkmasten Kurtaxe für Verwandte Landarztquote geplant Personalmangel in der Justiz Beratungen zum Finanzausgleich Mehr Integration Fraktionslose Anträge
22 – 23	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
24 – 26	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Zu viel Energie Aussage wird geprüft NSU-Anhörung Frist für Beisetzung Partnerschaft der Parlamente Schweigeminute für Rudolf Borchert
27 – 30	PANORAMA	Frischer Wind im Landtag Das Schloss vor 30 Jahren – Bergsteiger statt Gerüst Parlamentarische Baukommission
31	Sitzungskalender	
32	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Gerhard Reichert, Anna-Maria Leistner

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 25.10.2019



Fotos: Uwe Sinnecker

Die ehemalige Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rita Süßmuth bei ihrer Rede im Plenarsaal des Landtag M-V

25 Jahre Landesverfassung

Prof. Dr. Rita Süßmuth setzte mit ihrer Festrede wichtige Impulse



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

■ Mit der Feststunde "25 Jahre Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern" hat der Landtag am 15. November das Jubiläum der Landesverfassung gefeiert. Die Verfassung trat am 15. November 1994 in Kraft. Die Festrede im Plenarsaal des Schweriner Schlosses hielt die langjährige Präsidentin des Deutschen Bundestages und ehemalige Bundesministerin Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rita Süßmuth. Landtagspräsidentin Birgit Hesse erinnerte an die Verfassungskommission aus Abgeordneten und Nichtparlamentariern, die von 1991 bis 1993 gut zwei Jahre lang am Entwurf gearbeitet hatte. Auch Bürger beteiligten sich mit mehr als 600 Zuschriften. Der Landtag nahm das Regelwerk am 14. Mai 1993 mit 53 Ja- und 9 Neinstimmen an. Im Jahr darauf wurde die Verfassung am 12. Juni 1994 in einem Volksentscheid mit 60,1 Prozent Ja-Stimmen bestätigt.

Landtagspräsidentin Birgit Hesse

[...] Ich freue mich sehr, dass mit Herrn Rainer Prachtl und Herrn Hinrich Kuessner zwei ehemalige Landtagspräsidenten an der heutigen Feststunde teilnehmen, [...].

[...] Sie, sehr geehrter Herr Prachtl waren seinerzeit Vorsitzender der „Kommission zur Erarbeitung einer Landesverfassung“. In einem etwas über zwei Jahre andauernden Prozess haben Sie gemeinsam mit den Mitgliedern der

Verfassungskommission einen Verfassungsentwurf erarbeitet der mit dem Zusammentritt des neu gewählten Landtages der 2. Wahlperiode am 15. November 1994 endgültig in Kraft trat [...]. Ich freue mich sehr, dass einige der damaligen Mitglieder der Verfassungskommission anwesend sind und begrüße Sie ebenfalls aufs Herzlichste.

[...] Ganz besonders freue ich mich aber, dass wir heute die langjährige Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Prof. Rita Süßmuth, bei uns zu Gast haben. Sie, liebe Frau Prof. Süßmuth, waren von 1988 bis 1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages und damit Präsidentin in einer Zeit voller Umbrüche und Aufbrüche. Sie wurden erstmalig in



Prof. Dr. Rita Süßmuth, sie war von 1985 bis 1988 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit und von 1988 bis 1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages.

Foto: Uwe Sinnecker

der damaligen Bundeshauptstadt Bonn zur Präsidentin gewählt, als Deutschland noch zweigeteilt war. Sie erlebten und gestalteten dann die staatlichen Veränderungen, die ausgelöst worden waren durch diejenigen mutigen Menschen, die die friedliche Revolution in der DDR getragen haben. In Ihre Amtszeit fallen die Geburtsstunden aller Landesverfassungen der neuen Bundesländer. Sehr geehrte Frau Prof. Süßmuth, ich danke Ihnen, dass Sie unsere Einladung angenommen haben und gleich [...] zu uns sprechen werden.

Dankbar schauen wir dieser Tage zurück auf die friedliche Revolution in der ehemaligen DDR. Dankbar bin ich für den Mut all jener, die 1989 ohne jegliche Gewalt die Öffnung der Mauer erzwangen. [...]

Die Ereignisse im Herbst 1989 setzten Entwicklungen in Gang, in deren Folge das Inkrafttreten unserer Landesverfassung heute vor 25 Jahren überhaupt erst möglich wurde. [...]

Wir können stolz auf unsere Landesverfassung sein. Sie vereint und definiert unsere Grundwerte. Diese Werte, Demokratie, Sozialstaat, Rechtsstaat und einige mehr, sowie Staatsziele wie die Europäische Integration, Arbeit, Wirtschaft und Soziales oder der Kinder- und Jugendschutz sind das Fundament, auf dem unser Staat und unsere Gesellschaft stehen. Sie sind nicht selbstverständlich.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rita Süßmuth

Ich begrüße Sie ganz herzlich hier in diesem wunderbaren Parlamentsgebäude. Meine Damen und Herren Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete [...]. Wir haben eine gute Verfassung – aber sind wir auch in guter Verfassung? Das ist ja die Frage, die man gleichzeitig stellt. [...]

können wieder Entwicklungen eintreten, in denen wir das vergessen, sogar verleugnen, was die Grundlage unserer menschlichen, zivilisatorischen und verfassungsgerechten Entwicklung ist. [...] Und da sage ich: Seien wir wachsam und vor allen Dingen achtsam gegenüber dem anderen. Unsere Freiheit endet dort, wo sie die Freiheit des anderen verletzt.

(Beifall)

„ Unsere Freiheit endet dort, wo sie die Freiheit des anderen verletzt. “

Ich möchte vor allen Dingen im ersten Teil sagen: Es ist ganz wichtig, was der frühere Landtagspräsident Herr Prachtl einmal in einem Satz ausgedrückt hat: Es kommt bei unserer Verfassung nicht auf das Eiltempo an, sondern auf die Qualität. Und insofern ist eigentlich hier – wenn ich das mit meiner Bewertung hinzufügen – etwas geschehen und durchgeführt worden, was wir uns so auf Bundesebene auch gewünscht hätten [...].

Ich finde, jetzt bei der Kritik am Grundgesetz sind wir ganz schnell bei den Verstößen, die wir alle begangen hätten. Anstatt erst zu fragen: Was haben wir Wichtiges gemacht? [...] die Verfassung ist auch ein Dokument, das Aussagen darüber macht: Wofür stehen die Deutschen? Wofür stehen sie innerhalb ihres eigenen Staatsgebildes?

Und da ist mir nach der Begrüßung noch einmal besonders wichtig: Wir sprechen von Bund und Land. Vergessen Sie nie die Kommunen! Von der Kommune geht die Demokratie aus und von dort müssen wir sie auch wiedergewinnen. Was uns gegenwärtig – ich sage noch nicht verloren geht – aber nicht achtsam genug vertreten wird. [...]

Ich muss sagen, mein heutiges Engagement resultiert noch immer zu einem hohen Maße aus dem, was ich als Kind nicht verstanden habe: Warum dieser Bombenkrieg? Später war für mich der wichtigste Punkt, was Hannah Arendt immer wieder betont hat: Seid vorsichtig mit eurem „Nie wieder“! Wie schnell

Und wenn wir einen dieser Werte herausnehmen, [...] – den Wert der Freiheit – dann muss ich sagen, beginne ich mit einem Wort, das mein Vater immer an mich richtete: Bedenke, dass der andere auch recht haben kann! Das fällt uns im Parlament sehr schwer. Und das habe ich mir zu eigen gemacht, weil er es mir so oft gesagt hat: Denke dran! [...] An die Worte meines Vaters habe ich immer gedacht, wenn die Opposition redete. [...]

(Beifall)

Demokratie braucht zugleich eine demokratische Kultur. [...] Denn – wie ich eben begonnen habe – wir haben eine gute Verfassung. Aber ich muss auch sagen, das, was aufgeschrieben wurde, was als Anspruch an uns gestellt wurde, ist besser als das, was wir verwirklichen. Diese Balance zwischen beiden, dem Anspruch und der Wirklichkeit, haben wir uns ständig vor Augen zu führen. [...] Das, was wir verfassungsmäßig grundgelegt haben – auch in Ihrer Verfassungskommission, mit Beteiligung des Parlaments, der Abstimmung, des Volksentscheids – ist das, was zusammengehört und Geltung hat, solange ich es nicht verändere. [...]

Ich hätte mir gewünscht, wir hätten noch etwas mehr Zeit gehabt bei der Wiedervereinigung, um uns vor Ort mit dieser Verfassung gründlich auseinanderzusetzen. Aus dem hohen Gedankengut den Alltag mit einzubeziehen und zu sagen, wie machen wir das denn

vor Ort. Wenn es dazu nicht gekommen ist, möchte ich Ihnen heute bei Ihrem 25-jährigen Jubiläum sagen: Wir sind aber dabei, kräftig nachzuholen. Und das ist doch schon einmal Ausdruck einer guten Verfassung. Sie ist nicht – auch das wurde eben schon gesagt – in Blei gegossen, sondern sie gibt uns die Möglichkeit, das, was zu ergänzen ist oder auch zu verändern ist, in die Verfassung einzubringen. [...]

Was ist passiert in diesem ersten, provisorischen Grundgesetz? Deswegen ja auch nicht Verfassung genannt, weil wir geteilt waren. [...] Und in diesem Provisorium finden Sie die Grundrechte, für die wir auch einstehen müssen, die wir aber auch nicht missbrauchen dürfen. Freiheit ist schnell Beliebigkeit, wenn sie jeder auf seine Weise auslegt. Deswegen denken Sie immer daran: Wozu haben wir uns selbst verpflichtet, indem wir dieser Verfassung unser Ja gegeben haben – sei es im Sinne der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit, aber auch des Respekts vor dem anderen. [...]

Wenn Sie sich einmal anschauen, wie sieht die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern aus? Dann finden Sie erst einmal das, was Sie wirklich aus eigener Kraft noch einmal verstärkt haben. Ob es Religion, ob es Kirchen sind, ob es der Grundcharakter ist. Da ist eine Eigenständigkeit – jetzt nenne ich beide in einem Atemzug: Bildung und Wissenschaft. Da werden Sie sagen: Ja aber mit 16 Zuständigkeiten in den Landesverfassungen, insbesondere für Bildung – wo ist denn die Einheitlichkeit? Aber ich möchte Ihnen sagen: Auch das, was Sie in Ihren Schlussbestimmungen gesagt haben – und es ist mehr als Schlussbestimmung! – haben Sie festgelegt, dass das Grundrecht auf Bildung für alle, und das heißt für jeden, gilt, und nicht mal weniger, mal mehr. [...]

Und gefordert sind wir mit beiden Geschlechtern. Also ich finde es lächerlich, dass wir immer neu begründen müssen, warum wir Frauen dazugehören. Vielleicht begründen wir irgendwann auch, warum die Männer dazugehören. Lasst uns doch uns mit Wichtigerem beschäftigen und eine gleiche Beteiligung anstreben, und zwar möglichst bald. [...]



Fotos: Uwe Sinnecker

„Bedenke, dass auch der andere recht haben kann.“, Prof. Dr. Rita Süßmuth



Prof. Dr. Rita Süßmuth: „Denken Sie immer daran: Wozu haben wir uns selbst verpflichtet, indem wir dieser Verfassung unser Ja gegeben haben.“

Ein letzter Gedanke, der sich anschließt: Wir sind nicht ohnmächtig. Fordern Sie Menschen auf mitzumachen. [...] Gehen wir nicht daran mit der Haltung, da kann man nichts machen, das machen die da oben. „Die da oben“, wir als Abgeordnete, haben oftmals mehr Angst vor uns als wir vor denen.

(Beifall)

[...] Ich denke, hier ist bereits Hervorragendes geleistet worden; da ist noch viel Arbeit; aber es hängt davon ab, aus welchem Geist wir es tun. Ob wir nur das Schwarze täglich sehen, die Miesepetrigkeit. Ich bin oft gescheitert. Aber ich habe bisher immer noch das Glück gehabt, dass ich geantwortet habe: Das

wollen wir doch mal sehen. [...] Heute gescheitert – wenn's geht, morgen wieder aufstehen. Manchmal braucht man etwas länger. Aber Aufstehen ist das Wichtigste. Weitermachen. Besser machen – um es mit Samuel Beckett zu sagen. Scheitern tun wir alle. Aber wichtig ist, dass wir aus dem Scheitern wieder herauskommen und die nächsten neuen Gedanken stiften. Das wünsche ich diesem Parlament.

Ich danke Ihnen!

(lang anhaltender Beifall)



Klimaschutz auch Frage sozialer Gerechtigkeit

Abgeordnete diskutieren über den Klimaschutz von Bund und Land

■ Elf Buchstaben und viele Ansichten: Wohl kaum ein Thema löst derzeit so viele Diskussionen aus wie „Klimaschutz“. Wie packt man ihn am besten an? Sind die bisherigen Ansätze richtig? Gehen sie weit genug? Nicht zuletzt das jüngst vom Bundestag beschlossene Klimaschutzpaket hat zudem die Frage aufgeworfen, wie bezahlbar und sozial gerecht die Ziele sind. Ein Thema, dem der Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion die Aktuelle Stunde der Novembersitzung widmete. Dass Klimaschutz auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit sei, darin waren sich die Abgeordneten einig. Wie beides in Einklang miteinander gebracht werden kann, dazu gingen die Meinungen auseinander.

Thomas Krüger, Fraktionschef der SPD, warb darum, die Folgen der Erderwärmung ernst zu nehmen. „Nichts zu tun, ist keine Option.“ Mit dem Klimapakete habe die Bundesregierung wichtige Eckpunkte beschlossen. Jetzt gehe es darum, sie sozial gerecht umzusetzen. „Nicht jeder kann sich sofort eine neue Heizung oder ein neues Auto kaufen.“

Deshalb sei es richtig, die Vorgaben bis 2026 maßvoll anzupacken. Das gebe den Menschen die Möglichkeit, sich anzupassen. „Nur wenn Klimaschutz nicht zu neuen ökonomischen Verwerfungen in der Gesellschaft führt, kann er gelingen.“

Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin, bezeichnete das Klimaschutzpaket ebenfalls als Schritt in die richtige Richtung. Sie warnte aber auch davor, mit Verboten Ängste zu schüren. Wer Klimaschutz zu einem Anliegen für jedermann machen wolle, müsse den Menschen die Möglichkeit geben, sich einzubringen. „Wir können nicht erwarten, dass Bauern uns zum geringsten Preis gute Lebensmittel servieren und gleichzeitig noch auf Umwelt und Tierwohl achten, wenn wir nicht für entsprechende Rahmenbedingungen sorgen.“ Gleiches gelte für Verbraucher. „Wie kann es für einen Rentner, der nicht mal mehr einen Kredit bekommt, funktionieren, dass er seine Ölheizung austauscht?“ Hier seien konkrete Zuschüsse und Förderungen gefragt.

Bert Obereiner (AfD) warf Bund und Land vor, beim Klimaschutz in den ver-

gangenen Jahren versagt zu haben. „Mittlerweile geben wir jährlich 45 bis 50 Millionen Euro für die Energiewende aus“ – mit dem Ergebnis, dass der Strom für Verbraucher immer teurer werde. Im kommenden Jahr steige die EEG-Umlage wieder um 5,5 Prozent. Mit Emissionsrechten dem CO₂-Ausstoß entgegenwirken zu wollen, sei ein Ansatz. „Er funktioniert nur nicht, weil die Verschmutzungsrechte viel zu billig sind.“

Wer einerseits Steuern auf CO₂ und den Ausbau erneuerbarer Energien fordere, andererseits aber eine sozial gerechte Energiewende verlange, stehe vor der Quadratur des Kreises, meinte **Dietmar Eifler** (CDU). „Die Vorgaben der Bundesregierung zum Klimaschutz haben Auswirkungen auf alle Lebensbereiche.“ In einem Flächenland wie M-V könnten sie in besonderem Maße zu sozialen Verwerfungen führen, zum Beispiel bei Pendlern. „Deshalb vertritt meine Fraktion nach wie vor die Auffassung, dass wir uns im internationalen Raum bewegen und das Instrument des europäischen Emissionshandels weiter ausbauen sollten.“

Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE) bezeichnete das Klimapakete als mutlos. „Sozial ausgewogen und gerecht ist es auch nicht.“ Aber nicht nur der Bund, auch M-V müsse in Sachen Klimaschutz „eine Schippe drauflegen“. Ihre Forderung: ein Landesklimaschutzgesetz. „Auch wir müssen festlegen, welche Einsparziele wir in verschiedenen Sektoren erreichen wollen und wie wir sie erreichen wollen.“

Thomas Krüger, SPD:

„Die Erderwärmung hat bereits massive Konsequenzen, auch für uns in Mecklenburg-Vorpommern“

Foto: Uwe Sinnacker



Meine Damen und Herren, seit Monaten wird in der deutschen Öffentlichkeit und internationalen Öffentlichkeit hitzig und zum Teil mit vielen Emotionen über die menschengemachte Erderwärmung und die richtigen Maßnahmen gestritten. Auf der einen Seite sind diejenigen, die sich hinstellen und sagen, diese menschengemachte Erderwärmung, die gibt es gar nicht und das ist etwas, was von sich aus passiert, und die damit sagen, dass der Ausstoß von gefährlichen Gasen gar nicht reduziert werden muss. Und auf der anderen Seite der Debatte gibt es engagierte Kämpferinnen und Kämpfer, die ein sofortiges und unmittelbares und radikales Umsteuern der Gesellschaft wollen. Manche von denen beschwören fast apokalyptische Untergangsszenarien herauf.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, sie liegen beide falsch, [...]. Die Leugner der menschengemachten Erderwärmung verhalten sich wie kleine Kinder: Sie halten sich die Augen zu und glauben, dass Unangenehmes damit einfach verschwindet, man sieht es ja nicht. Und diejenigen, die aufgeregt und panisch von Notständen sprechen und hektisch Maßnahmen einfordern, liegen auch falsch.

[...], Panik und Aufregung sind schlechte Ratgeber [...]. Panik führt oft zu irrationalem Handeln. Panik führt auch nicht dazu, dass Einsicht und Vertrauen in Maßnahmen entsteht – Maßnahmen, die nur dann funktionieren, wenn sich alle auch wirklich beteiligen, Bürgerinnen und Bürger genauso wie Unternehmen, genauso wie der Staat. Jede und jeder in seinem Bereich, im Großen und im Kleinen, wird davon betroffen sein. Davor braucht aber niemand Angst zu haben, wenn wir rational handeln und die Menschen genauso wie die Wirtschaft mitnehmen.

Und[...] wenn wir in die Geschichte schauen, dann gibt es ja

diverse Beispiele sowohl im Großen als auch im Kleinen, wo wir Wandlungsprozesse in der Gesellschaft ja bereits erlebt haben und auch umgesetzt haben, ohne dass die Lebensqualität in Deutschland gesunken ist, ohne dass die Menschen Einkommen und Besitz verloren haben, und ohne, dass es tatsächlich zu massiven Einschränkungen im Alltag gekommen ist.

Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen: Das Ozonloch – innerhalb von zehn Jahren ist es gelungen, die FCKWs, also die schädlichen Gase für das Ozonloch auf null zu reduzieren. Das Ozonloch schließt sich inzwischen wieder. Oder ich will erinnern an das Asbestverbot – seinerzeit einer der wichtigsten Baustoffe in der Bauindustrie. Heute wird eben in der Regel nicht mehr mit Asbest gebaut [...]. Oder ich will an den sauren Regen erinnern. Wir hatten [...] ganze Waldgebiete, insbesondere in Gebirgslagen, die tot waren durch den sauren Regen. Wir haben über Filtersysteme, [...] über Katalysatoren es hingekriegt, dass die Wälder wieder wachsen konnten. [...]

Und, [...], der wichtigste und größte Schritt in den vergangenen Jahrzehnten war zweifellos der Ausstieg aus der Atomkraft. [...] und auch hier wurde von vielen der Untergang der Bundesrepublik Deutschland herbeigeredet. Es war von ständigen Stromausfällen die Rede, von fehlender Versorgungssicherheit, von unbezahlbaren Energiekosten. Nichts davon, meine Damen und Herren, ist Realität, weil die Politik eben richtig reagiert hat, ohne Panik, aber auch, ohne die Augen vor der Realität zu verschließen.

[...], dies ist auch jetzt nötig und möglich. Die Erderwärmung hat bereits massive Konsequenzen, auch für uns in Mecklenburg-Vorpommern. [...]

[...] wir stehen also vor großen Herausforderungen. Eine der Herausforderungen wird in den nächsten Jahren der Schutz unserer Küsten sein. Wir werden einen Anstieg des Meeresspiegels erleben und damit natürlich auch höhere Sturmfluten. [...]

Unsere Bauern werden durch die Erderwärmung ebenfalls vor große Aufgaben gestellt. Sie müssen unter geänderten Bedingungen mit den Betrieben weiterwirtschaften. Und ich sage ausdrücklich, dabei benötigen sie die Hilfe der Gesellschaft, denn sie sind es ja auch, die unsere Nahrungsmittelsicherheit garantieren. [...]

Meine Damen und Herren, wir werden Maßnahmen machen müssen, wir werden aber aufpassen müssen, dass die gesamte Gesellschaft zusammenbleibt. [...]

Mit dem Klimapaket der Bundesregierung haben wir die ersten wichtigen Schritte und Eckpunkte beschlossen. Diese gilt es jetzt so auszugestalten, dass der Klimaschutz sozial gerecht umgesetzt werden kann. Nur, wenn der Klimaschutz nicht zu neuen ökonomischen Verwerfungen in der Gesellschaft führt, kann er gelingen. [...]

Richtig ist, dass die Vorräte an Öl, an Kohle und an Gas endlich sind. Und ein endliches Produkt, was aufgebraucht ist, wird am Ende auch immer teurer. Auch hier heißt es, Angebot und Nachfrage werden den Preis bestimmen. Das heißt, auch wenn wir nichts tun würden, würden diese Träger teurer werden, und das ist etwas, was sich dann nur Wohlhabende leisten können.

[...], auch das radikale Umsteuern, so, wie die Grünen es sich vorstellen, ist unsozial und wirtschaftlich problematisch. Wenn ich auf meinen Wahlkreis schaue, die Menschen beispielweise in Kumerow bei Malchin haben eben nicht die Chance wie in der Großstadt, täglich mit dem Fahrrad oder der U-Bahn zur Arbeit zu fahren. Sie sind darauf angewiesen, auch wenn sie nicht Spitzenverdiener sind, ihren täglichen Weg zur Arbeit zu bewältigen. Heute ist es mit dem Diesel, in Zukunft vielleicht mit einem Strom-Auto oder einem Wasserstoff-Auto. Gleiches gilt für die Wirtschaft. Beide müssen die Chance haben, sich anzupassen. Dass dieser Prozess nun intensiv laufen muss, ist auch unser Ziel, immer aber verbunden damit, Anpassungsprozesse auch zu gestalten.

Und wir fangen auch nicht bei null an, meine Damen und Herren. Größter Produzent klimaschädlicher Gase in unserem Land sind die trockengelegten Moore. Hier arbeiten wir er-

folgreich seit vielen Jahren mit dem Moorschutzprogramm dagegen. Und ein zweiter Punkt: Mecklenburg-Vorpommern kann heute schon seinen Strombedarf vollständig über alternative Energieträger decken. [...]

Meine Damen und Herren, Politik kann auch im großen Maßstab Missstände abstellen. Voraussetzung dafür ist, dass wir wissenschaftliche Erkenntnisse auch wirklich anerkennen, und dies auch, wenn die sich daraus ergebenden Konsequenzen unangenehm sind. Voraussetzung ist, dass wir die gesamte Gesellschaft mitnehmen und Härten abfedern. Lassen Sie uns in diesem Sinne gemeinsam an geeigneten Maßnahmen arbeiten! Unser Ziel ist, dass Mecklenburg-Vorpommern auch für die Generationen unserer Enkel und Urenkel [...] lebenswert bleibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Wir wollen die Situation der Pendler berücksichtigt haben.“

Foto: Uwe Sinnacker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben am Wochenende, am 9. November, mit Volksfesten die friedliche Revolution gefeiert. Und wir alle wissen und der Landtag hat in einem beeindruckenden Festakt daran erinnert, dass der Mauerfall, das Einreißen der Mauer am 9. November Bewegungen hatte, die vorher auf die Straße gegangen sind und protestiert haben für Freiheit, für Selbstbestimmung und Demokratie. Und wir haben gerade beim Festakt und in den letzten Tagen an diese mutigen Bürgerinnen und Bürger auch aus unserem Land erinnert.

Und zu dieser mutigen Bürgerbewegung gehörte auch eine mutige Umweltbewegung zu DDR-Zeiten, die schon mutig zu DDR-Zeiten auf Umweltbelastungen hingewiesen hat, auf schmutzige Flüsse, auf Rauch in der Luft, auf Krankheiten bei Kindern. Und deshalb, finde ich, ist die Aktuelle Stunde

sehr passend, nicht nur wegen der aktuellen Klimadebatte, sondern auch, um noch mal daran zu erinnern, dass es schon Umweltschützer auch zu DDR-Zeiten waren, die diese friedliche Revolution mitgestaltet haben und denen wir viel zu verdanken haben. [...]

Im „MV-Monitor“ sagen 78 Prozent der Menschen in unserem Land, dass sich die Umwelt verbessert hat. Natur und Umwelt gehören zur Heimat und sind der Hauptgrund, warum man hier gerne lebt. Und ich glaube, dass jede und jeder von uns, die hier im Land lebt, das auch selbst gut nachempfinden kann. Zu unserer Heimat, zu Mecklenburg-Vorpommern gehören die Natur und Umwelt. Und das führt uns jeden Tag vor Augen, dass es wichtig ist, sie zu wahren im Interesse der heutigen Generation, aber insbesondere im Interesse der Generationen, die nach uns kommen. Und deshalb ist Klimaschutz jeden Tag aktuell und ein wichtiges Thema.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Bundesregierung hat ein Klimaschutzpaket verabschiedet und ich bin überzeugt, dass dieses Klimaschutzpaket ein Schritt in die richtige Richtung ist. [...]

[...] Klimaschutz ist wichtig, aber es muss auch möglich sein, für diejenigen, die gerade hart arbeiten in unserem Land, diesen Klimaschutz mitgestalten zu können und auch bezahlen zu können. [...] Wir wollen die Situation der Pendler berücksichtigt haben. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Pendlerland. [...] Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Pendlerpauschale erhöht wird, aber nicht nur für die, die auch Steuern zahlen, sondern insbesondere für die vielen Pendler, die in unserem Land so kleine Einkommen haben, dass sie gar keine Steuern zahlen. Herzlichen Dank unserem Finanzminister, dass wir mit dieser Initiative erfolgreich waren!

Bert Obereiner, AfD:

„... die Grundintention eines ressourcenschonenden Umgangs mit Energieträgern teilen wir.“

Foto: Uwe Sinnecker



Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema der Aktuellen Stunde heißt „Klima schützen heißt Zukunft sichern – sozial ausgewogen und gerecht“. Dann ziehen wir doch mal eine Bilanz, was dort in den letzten 15 bis 20 Jahren geschehen ist:

Der Anteil Deutschlands an den weltweiten Treibhausgasemissionen sinkt zwar beständig, allerdings nur deshalb, weil die Treibhausgasemissionen in anderen Ländern ständig zunehmen. Er liegt bei zwei Prozent und wird immer geringer, aber nicht, weil wir Treibhausgasemission einsparen, ganz im Gegenteil. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Jetzt kann man natürlich sagen, dass das auch mit dem Atomausstieg zusammenhängt. Das muss man fairerweise auch machen. Dadurch, dass die kaum CO₂-emittierenden Kernkraftwerke nach und nach vom Netz gehen, kommt es natürlich zu einer Verschiebung hin zu den fossilen Energieträgern, [...]. Mittlerweile geben wir, je nachdem, wie man das abgrenzt, 45 bis 50 Milliarden Euro jährlich für die Energiewende aus und wenn man die selbstgesteckten Ziele nicht erreicht, dann muss man da im Prinzip vom völligen Politikversagen reden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Wir haben es mit einer immer weiter steigenden Belastung der privaten Haushalte und auch der kleinen gewerblichen mittelständischen Wirtschaft zu tun. [...] Allein dieser Teil der EEG-Umlage wird im nächsten Jahr bei prognostiziert 23,9 Milliarden Euro Kosten liegen.

In der im Oktober veröffentlichten Mittelfristprognose der Übertragungsnetzbetreiber bis zum Jahr 2024 wird auch dort kein großer Rückgang dieser Kosten erwartet. [...] Was kann man da machen?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Tja, das ist die Frage!)

[...] Da gibt es ganz viele Ideen, zum Beispiel einen Emissionsrechtehandel. Der wird partiell auch umgesetzt, funktioniert nur nicht, weil die Verschmutzungsrechte viel zu billig sind, ebenfalls eine Fehlleistung.

Man könnte auch sagen, man finanziert die Energiewende stärker über Steuern. Da haben wir eine Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Momentan ist es ja so, dass diese Belastung nach dem Prinzip einer primitiven Kopfsteuer auf alle Stromverbraucher umgelegt wird, sodass Personen mit niedrigem Einkommen, Rentner und Transferleistungsbezieher diese Energiewende weit überproportional mitfinanzieren, [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wie gesagt, einen Klimawandel gab es schon immer, den gab es auch vor der industriellen Revolution bereits. Ob der Klimawandel menschengemacht ist – immerhin besteht das Risiko, dass es so ist. Darauf sollte man auch reagieren, man sollte da nicht leichtfertig vorangehen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Man sollte das durchaus berücksichtigen. Und ein, wie ich schon sagte, ressourcensparender Umgang mit endlichen Energieträgern ist ja in jedem Falle sinnvoll. [...]

Wir kommen beim Ausbau der Netze, beim Ausbau der Speichertechnologien nicht so richtig voran, und dann macht es auch keinen Sinn, die Erzeugungskapazitäten immer weiter hochzufahren, um dann im Zweifel, [...] eben die Anlagen abzuregeln, den Windenergieanlagenbetreibern aber trotzdem ihre Vergütung zu zahlen. Das ist doch völlig aberwitzig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wie gesagt, die Grundintention eines ressourcenschonenden Umgangs mit Energieträgern teilen wir. [...] Das hat alles durchaus Vorteile, aber in der Form, wie das jetzt gemacht wird, geben wir jede Menge Geld aus ohne jedes Ergebnis, und eine solche Politik lehnen wir ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dietmar Eifler, CDU:

„Klimaschutz muss mit den wirtschaftlichen und sozialen Belangen in Übereinstimmung stehen.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist noch kein halbes Jahr her, da haben wir auf Antrag der Fraktion DIE LINKE das Thema „Land zum Leben braucht Zukunft – Klimaschutz stärken“ debattiert. Heute bringt die SPD einen fast gleichlautenden Antrag zur Aussprache. Da stellt sich zumindest mir die Frage, ob es kein aktuelleres Thema gibt, zum Beispiel „30 Jahre Mauerfall“ und die Würdigung der Lebensleistung der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und der Bundesrepublik insgesamt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Warum habt ihr denn keinen Antrag gemacht?)

[...]

(Peter Ritter, DIE LINKE: Einfach Antrag schreiben, Antrag stellen, dann braucht man nicht so ein Zeug zu erzählen!)

[...] Also nach Auffassung meiner Fraktion ist das Thema „Umweltschutz, Klimaschutz“ immer aktuell. Für uns, der Fraktion der Christlich Demokratischen Union, die wir geprägt sind von der Wahrung der Schöpfung, ist der Erhalt unserer Umwelt, unseres Lebensraums ein besonderes Anliegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

[...] Die Debatten um den Klimaschutz begleiten uns ja nun schon einige Zeit. Die Bundesregierung hat ein sogenanntes Klimakabinett ins Leben gerufen, um Klimaziele zu definieren und zu deren Einhaltung Maßnahmen zu beschließen. Nicht ganz unkritisch zu dem Klimapaket der GroKo will ich mich der Meinung des Ministerpräsidenten von Sachsen, Herrn Michael Kretschmer, anschließen, dass Beschlüsse und

Maßnahmen in dem Zusammenhang nicht zur Inländerdiskriminierung führen dürfen. Hier kommt es auf das gebotene Augenmaß zwischen dem europäischen CO₂-Handel, Handel mit CO₂-Zertifikaten und der nationalen Bepreisung von CO₂-Emissionen an.

[...] Wir unterstützen ausdrücklich die von der Bundesregierung eingegangene Verpflichtung zum Schutz des Klimas und zur Reduzierung der Emissionen klimarelevanter Gase. Doch darf das nicht zulasten nur einzelner Regionen oder Menschen führen, denn gerade Mecklenburg-Vorpommern weist gegenüber anderen Bundesländern zahlreiche Besonderheiten auf, zum Beispiel die bundesweit geringste Bevölkerungsdichte, eine ausgeprägte Agrarlandschaft mit großflächigen, hocheffizienten Agrarbetrieben, der hohe Freizeit- und Erholungswert der Landschaft, damit verbunden die Bedeutung in der Wertschöpfung für den Tourismus und darüber hinaus eine geringe Industrialisierungsdichte. Dies müssen wir bei der Ausrichtung der Politik berücksichtigen, um nicht abgehängt zu werden.

(Beifall Torsten Renz, CDU: Sehr richtig!)

Von vielen Wissenschaftlern und Politikern wird auf der einen Seite vollmundig die Besteuerung von CO₂ und der stärkere Ausbau der erneuerbaren Energien gefordert, und auf der anderen Seite soll die Energiewende sozial gestaltet werden. [...]

(Peter Ritter, DIE LINKE: Also machen wir es unsozial.)

[...] In einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern können solche Forderungen auch zu sozialen Verwerfungen führen. Die Pendler sind angesprochen, die bei uns im Land Mecklenburg-Vorpommern täglich weite Wege zur Arbeit hin und zurück zurückzulegen haben. Also deren Anliegen und deren Bedürfnisse sind maßgeblich zu beachten. Betrachten wir nur den Bereich der Stromversorgung – es ist ja auch schon mehrfach angesprochen worden heute in der Aktuellen Stunde –, da müssen wir festhalten, dass derzeit die staatlich festgesetzten Abgaben und Umlagen auf Stromlieferungen in Deutschland bei Haushaltskunden mehr als 52 Prozent des Strompreises ausmachen. Gerade vor dem Hintergrund, dass in Deutschland mittlerweile die zweithöchsten Strompreise in Europa gezahlt werden und dass sich die Strompreise für private Haushalte seit der Jahrtausendwende mehr als verdoppelt haben, sind wir der Auffassung, dass zügige Maßnahmen zur Dämpfung der Strompreise getroffen werden müssen.

Meine Fraktion ist der Auffassung, dass sowohl im Bereich der Stromsteuer, der Umsatzsteuer und der verschiedenen Abgaben und Umlagen Maßnahmen getroffen werden müssten, die den langfristigen Ausbau der erneuerbaren Energieträger in einem abgestimmten Plankorridor ermöglichen und gleichzeitig die Kosten für die privaten und gewerblichen Stromkunden in Deutschland wettbewerbs-

fähig halten. Insgesamt jedoch sehen wir den Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern und auf Bundesebene auf einem guten Weg. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Gerade vor dem Hintergrund der Ziele der Bundesregierung ist es nach unserer Auffassung notwendig, neueste Technologien wie die Wasserstofftechnologie und die Brennstoffzellen zur Anwendung zu bringen. Hierzu zähle ich auch bei

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:

„Mecklenburg-Vorpommern ist im Lohnkeller mit den weitesten Pendlerwegen.“



Foto: Uwe Sinnacker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ja, ohne Klimaschutz keine sichere Zukunft, und ja, Maßnahmen müssen sozial ausgewogen und gerecht sein. Und es ist auch richtig, in Mecklenburg-Vorpommern fangen wir nicht bei null an, aber diese Überschrift hat, aus meiner Sicht zumindest, nichts mit der gegenwärtigen realen Politik zu tun, weder im Land noch im Bund. Ich sage es klipp und klar, wir müssen eine Schippe drauflegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Solange es nur um die Notwendigkeit von Klimaschutz geht, das verbal zu fordern, gibt es keinen Dissens zwischen uns, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, aber dann ist auch schon Schluss. [...] Sowohl die Ausschüsse des Bundesrates als auch der Bundesrechnungshof – von den Umweltverbänden und Wissenschaftlern ganz abgesehen – sind sich einig, das Steuerpaket ist ungeeignet zur Erreichung der Klimaziele. Und nicht nur wir, sondern selbst der Bundesrechnungshof legt dar, dass die

der Energieversorgung die Kernfusion. Stattdessen fordern einige andere hohe CO₂-Steuer und die Verteuerung konventioneller Energien. Klimaschutz, [...], muss also mit den wirtschaftlichen und sozialen Belangen in Übereinstimmung stehen, um Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten. Wir wollen keine soziale Spaltung durch Klimaschutz, dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Maßnahmen die Besserverdienenden belohnt und nicht die, die wirklich Hilfe brauchen. Die energetische Gebäudesanierung ist dringend notwendig, aber die steuerliche Absetzbarkeit hilft gut betuchten Immobilienbesitzern, hat keine Haltelinien für Mieterinnen und Mieter und auch nicht für die kleinen Leute im ländlichen Raum, die sich trotz Förderung keine neue Heizung leisten können.

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

[...] Dass die Große Koalition in Berlin soziale Gerechtigkeit nicht so ganz wichtig nimmt, zeigt auch der Autogipfel im Kanzleramt in der letzten Woche. Die Industrie, die die Verkehrswende verschlief, Käuferinnen und Käufer betrogen hat und, statt sie zu entschädigen, weiter riesige Gewinne einstreicht, bekommt nun die nächste Konjunkturspritze, und das über Nacht.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Sie alle kennen die Zahlen. Davon abgesehen, dass wahrscheinlich die Listenpreise hochgeschraubt werden,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

zeigt dies, wie weit man von der realen Welt entfernt ist. Mecklenburg-Vorpommern ist im Lohnkeller mit den weitesten Pendlerwegen. Die Kaufprämie, auch die hilft nur Besserverdienenden, die sich einen Neuwagen leisten können. [...] Der Anteil von Bus, Bahn und Rad im Verkehr ist deutlich zu erhöhen.

Warum gibt es für den öffentlichen Verkehr nicht genauso konkrete Vorgaben und damit verbundene Finanzzusagen wie für die Elektromobilität? [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine weitere Luftnummer in Sachen sozialer Gerechtigkeit ist die marginale Senkung der Stromkosten. Mit der Realität hat auch das nichts zu tun. [...] Unser Fazit: Bundes- und Landespolitik haben hier deutlich mehr zu leisten, als sie bisher tun.

Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter www.landtag-mv.de

Verträge für Rettungsdienste bleiben befristet

■ Eins. Eins. Zwei. Wer in Notfällen diese Nummer wählt, kann sich darauf verlassen: Es kommt Hilfe! Rund um die Uhr. Sieben Tage die Woche. Was sicherlich nur Wenige wissen: Für die Rettungsdienste in M-V ist diese Aufgabe befristet, und zwar auf zehn Jahre. Danach müssen die Landkreise und kreisfreien Städte die Leistung neu ausschreiben. Eine Regelung, die nach dem Willen der Fraktion DIE LINKE aus dem Rettungsdienstgesetz des Landes gestrichen werden sollte. Mit dem Ziel, den Rettungsdiensten mehr Planungssicherheit zu geben. Nachdem der Gesetzentwurf nach seiner ersten Lesung im September keine Mehrheit für eine weitere Beratung in den Ausschüssen fand, stand er nun zur zweiten Lesung auf der Tagesordnung.

Die Befristung verunsichere die Leistungserbringer. In der Folge hielten sie sich sowohl bei der Ausbildung von Fachkräften als auch mit Investitionen zurück, beklagte **Torsten Koplín** (DIE LINKE). Er erinnerte daran, dass die Rettungsgebiete derzeit analysiert und neu zugeschnitten würden. Damit verbunden sei auch der Bau neuer Rettungswachen, zum Beispiel in der Mecklenburgischen Seenplatte. Dabei gehe es um Investitionen von mehr als einer Million Euro. Kosten, die sich für gewöhnlich über einen Zeitraum von zehn Jahren refinanzieren. Da die Planungssicherheit aber nur bis 2025 reiche, stelle sich für ihn die Frage, welcher Leistungserbringer dieses Risiko auf sich nehme. Zudem könnte eine europaweite Ausschreibung dazu führen, dass im Preiskampf Anbieter auf den Markt drängen, die sich die Rosinen unter den Rettungswachen herauspicken – und damit eine flächendeckende Absicherung gefährden. Plausible Gründe gegen den Gesetzentwurf habe er in der ersten Lesung nicht vernommen. „Auch das ist für uns ein Grund, heute noch einmal für diesen Antrag zu werben.“



Foto: CORNELIUS KETTLER

Der Rettungsdienst umfasst die Notfallrettung und den Krankentransport.

Sebastian Ehlers (CDU) verwies darauf, dass die Befristung erst 2015 eingeführt worden sei. „Ursprünglich waren sieben Jahre geplant gewesen.“ Daraus seien im Zuge der Beratungen zum damaligen Gesetzentwurf zehn Jahre geworden – gerade, um für die Träger Planungssicherheit zu schaffen. Nach seinem Dafürhalten eine gute Lösung, die auch eine wiederholte Leistungsvergabe an Träger nicht ausschließe. Sollte sich in der weiteren Praxis des noch jungen Gesetzes herausstellen, dass sich die Regelung nicht bewähre, könne man durchaus über Verbesserungen nachdenken. „Aber momentan gibt es aus unserer Sicht erst einmal keinen Handlungsbedarf.“

Julian Barlen (SPD) sprach von einer zukunftsfesten Regelung. Sie ermögliche einerseits, den Rettungsdienst wirtschaftlich umzusetzen. Andererseits gebe sie den Trägern Gelegenheit, die Arbeit der Leistungserbringer in gewissen Zeitabständen auf den Prüfstand zu stellen sowie auf neue Entwicklungen in der Versorgungsstruktur zu reagieren. Die Sorge, dass die Leistungen durch europaweite Ausschreibungen vermehrt an gewinnorientierte Betreiber übertragen würden, halte er aufgrund der klaren Rechtslage für unbegründet. „Der Europäische Gerichtshof hat klargestellt, dass es für den Rettungsdienst eine anwendbare Bereichsausnahme gibt.“ Damit könnten die Träger den Rettungsdienst gemeinnützigen Hilfsorganisationen vorbehalten. „Wir werden den Gesetzentwurf auch dieses Mal ablehnen.“

Torsten Koplín (DIE LINKE) bedauerte die „betonierten“ Ansichten der Koalitionsfraktionen. Seine Empfehlung: „Reden Sie mit den Verantwortlichen in den Kreisverwaltungen!“ Das Thema werde aktuell bleiben. „Und es wird drängender mit jedem Monat, der vergeht in Richtung 2025.“

Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, AfD und des fraktionslosen Abgeordneten Holger Arppe abgelehnt.

Gesetzentwurf DIE LINKE
Drucksache 7/4016

Hintergrund

Der Rettungsdienst ist eine öffentliche Aufgabe. Träger des Rettungsdienstes am Boden sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Sie können diese Aufgabe mit Hilfe von Eigenbetrieben oder Berufsfeuerwehren selbst übernehmen oder durch öffentlich-rechtliche Verträge an gemeinnützige Hilfsorganisationen wie DRK, Johanniter, Malteser oder ASB oder andere Leistungserbringer abgeben. Diese Verträge sind seit 2015 auf zehn Jahre befristet. Grundlage dafür ist das Gesetz über den Rettungsdienst für das Land M-V. Bei der Vergabe der Leistungen gilt eine rechtliche Besonderheit: Die Notfallrettung kann ohne europaweite Ausschreibung an gemeinnützige Hilfsorganisationen vergeben werden.



Das neue Schulgesetz regelt die Rahmenbedingungen für das gemeinsame Lernen.

Landtag beschließt neues Schulgesetz

Kritik der Opposition hält an

■ **Wer stimmt dafür? Dagegen? Stimmenthaltungen? Artikel für Artikel bat Landtagsvizepräsidentin Beate Schlupp um ein Handzeichen der Abgeordneten. Umgerechnet eine Unterrichtsstunde lang. Dann ist das neue Schulgesetz mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossene Sache. Fast ein Jahr wurde um die Inhalte gerungen. Noch bis zu Beginn der Zweiten Lesung gab es Änderungen. Kernstück und zugleich strittigster Punkt der Novelle ist die Umsetzung von Inklusion. Eine neue Regelung gibt es auch für die Mittlere Reife von Gymnasiasten: Der Abschluss wird ihnen nun nach Klasse 10 automatisch zuerkannt, sofern der Notendurchschnitt nicht schlechter als 3,9 ist. Die Opposition erneuerte in der Schlussdebatte ihre Kritik am Gesetzentwurf der Landesregierung. DIE LINKE forderte weitere Beratungen und nahm aus Protest nicht an der Abstimmung teil.**

„Der Gesetzentwurf sieht umfangreiche

Änderungen des Schulgesetzes vor“, sagte **Jörg Kröger**, Vorsitzender des Bildungsausschusses. In der Anhörung dazu habe es viele Kritikpunkte gegeben, woraufhin der Ausschuss das Beratungsverfahren vorübergehend ausgesetzt habe. „Dem Bildungsausschuss haben über 50 Änderungsanträge vorgelegen.“ Große Einwände habe es insbesondere beim Thema Inklusion gegeben. Das habe dazu geführt, dass die Umsetzungsfrist verlängert wurde. „Ein weiterer Kritikpunkt war die vorgesehene Überlappungsfreiheit von Schuleinzugsbereichen. Diese ist in der jetzigen Fassung nicht mehr vorgesehen.“ Der Bildungsausschuss habe nach intensiven Beratungen die Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen. „Ich bitte Sie nun im Namen des Ausschusses um Ihre Zustimmung.“

Bildungsministerin **Bettina Martin** sprach von einem „modernen und zeitgemäßen Schulgesetz“, das den Veränderungen in der Gesellschaft Rechnung trage. Im Laufe der langen und intensiven Beratungen sei der ursprüngliche Entwurf an vielen Stellen verbessert worden. „Ich danke dem Bündnis für gute Schule und allen anderen, die dabei mitgewirkt haben.“ Ein großer Knackpunkt sei die Umsetzung der Inklusionsstrategie gewesen. Der Zeitrahmen dafür sei nun von 2023 auf das Schuljahr 2027/2028 erweitert worden. „Wir wollen, dass die Schulen sich in ihrem eigenen Tempo dieser Entwicklung stellen können.“ Sorgen, dass der inklusive Ansatz Schulen über-

fordere, teilte sie nicht. Zum einen sei Inklusion bereits gelebte Realität, zum anderen gebe das Gesetz Lehrern konkrete Instrumente zur Umsetzung an die Hand. Darüber hinaus enthalte der Entwurf viele weitere Ansätze, um Schulen weiterzuentwickeln. Besonders wichtig sei ihr gewesen, an Gymnasien eine Berufsorientierung einzuführen sowie als erstes Bundesland den Schutz gegen sexualisierte Gewalt und Mobbing im Schulgesetz zu verankern.

Jörg Kröger (AfD) bezweifelte, dass das neue Schulgesetz den Ansprüchen der Betroffenen gerecht werde. Trotz umfangreicher Beratungen und vieler Vorschläge seien viele „Geburtsfehler“ erhalten geblieben. Er warf den Koalitionsfraktionen vor, den Inklusionsgedanken überzuinterpretieren und Förderschulen auf Kosten der betroffenen Kinder abzuwickeln. Ausgebildete Sonderpädagogen, kleine Klassen, räumliche und technische Voraussetzungen – all das seien nicht zu überbietende Vorteile von Förderschulen. „Fortbildungen zur Inklusion können bei Weitem nicht das leisten, was Sonderpädagogen in einem langjährigen Studium erlernen.“ Viele Lehrer klagten über fehlende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Inklusion. Ein Schluss, zu dem mit Blick auf Personal, Räumlichkeiten und Klassengrößen auch eine Untersuchung der Universität Rostock komme. Auch das Hin und Her zum Mittlere-Reife-Abschluss am Gymnasium und die vielen Änderungsanträge zeugten von einem „mangelhaften Zustand“ des Gesetzentwurfs. „Ohne unsere Änderungen lehnen wir ihn ab.“

Das neue Schulgesetz auf den Weg zu bringen, „war ein langer und manchmal auch nicht ganz einfacher Prozess“, resümierte **Marc Reinhardt** (CDU). „Wir sind jetzt zu einem guten Ende gekommen.“ Seiner Fraktion sei wichtig gewesen, die Inklusion mit Augenmaß umzusetzen. „Deshalb ist es gut, dass wir den Zeitplan deutlich entschleunigt haben.“ Er betonte, dass es für bestimmte Schwerpunkte auch künftig Förderschulen im M-V geben werde. „Das ist ein wichtiges Signal.“ Auch der Umgang mit der Mittleren Reife am Gymnasium sei nun geklärt. Er machte keinen Hehl daraus, dass seine Fraktion mit der ursprünglich vorgesehenen Variante, in Klasse 10

keine Prüfung vorzusehen, gut hätte leben können. „Immerhin neun Bundesländer handhaben das bereits so.“ Der Ausschuss habe jedoch beschlossen, die Mittlere Reife nach Klasse 11 anzuerkennen und damit große Diskussionen entfacht. SPD und CDU hätten deshalb bis zum Abend vorher noch einmal über Änderungen verhandelt. Jetzt erhalte jeder Gymnasiast nach Klasse 10 die Mittlere Reife, sofern der Notendurchschnitt nicht unter 3,9 liege.

Simone Oldenburg (DIE LINKE) stellte dem Gesetzentwurf ein schlechtes Zeugnis aus. Er sei völlig unzureichend, so die Fraktionsvorsitzende. Daran hätten auch die langwierigen Beratungen nichts geändert. Wie auch? Schließlich hätten Koalitionsfraktionen die Vorschläge und Forderungen von Sachverständigen, Betroffenen und der Opposition größtenteils in den Wind geschlagen. „So geht man nicht mit Frauen, Männern und Jugendlichen um, die sich Gedanken um eine gute Bildung machen.“ Sie beklagte zudem, dass die Beschlussempfehlung des Ausschusses die Abgeordneten erst am Vortag erreicht habe, der Änderungsantrag von SPD und CDU zur Mittleren Reife sogar erst kurz vor der Debatte auf den Tisch gekommen sei. „Das Gesetzgebungsverfahren, das wir bis zum heutigen Tag erleben müssen, ist der Bedeutung des Schulgesetzes unwürdig.“ Sie beantragte, den Gesetzentwurf in die Ausschüsse zurückzuüberweisen, eine Anhörung durchzuführen und eine Dritte Lesung zu beschließen.

„Wir haben ein gutes Schulgesetz“, widersprach **Andreas Butzki** (SPD). Bis zuletzt an Verbesserungen zu arbeiten, halte er für legitim. Wenn sich wie bei der Mittleren Reife herauskristaliere, dass Lösungen ungerecht seien, sollte Politik den Mut haben, darauf zu reagieren. Er räumte ein, dass dies sehr kurzfristig geschehen sei. „Ich denke, die Lösung ist vertretbar.“ Jetzt komme es darauf an, das Gesetz mit Leben zu füllen. „Wir müssen gut informieren, wir müssen gut erklären. Und wir müssen gute Voraussetzungen schaffen, um das alles umzusetzen.“ Dazu sehe der geplante Doppelhaushalt für den Schulbereich einen Etat von 1,1 Milliarden Euro vor – so viel, wie in keinem anderen Einzelposten. Daran lasse sich ablesen, wie

wichtig der Koalition Bildungspolitik sei. Ob Inklusion, Digitalisierung, Lehrerbildung oder Qualifizierung von Seiteneinsteigern: Die Schulgesetzänderung schaffe gute Grundlagen, Herausforderungen wie diese anzupacken.

Die Abstimmung über den Gesetzentwurf und die 17 Änderungsanträge dauerte rund 45 Minuten. Der Vorschlag, den Entwurf noch einmal in die Ausschüsse zu überweisen, wurde mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt. Die Änderungsanträge der Opposition fanden ebenfalls keine Mehrheit. Das Schulgesetz wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, bei Ablehnung durch AfD und den fraktionslosen Abgeordneten Holger Arppe sowie Stimmenthaltung der fraktionslosen

Abgeordneten Christel Weißig eingeführt. DIE LINKE nahm an der Schlussabstimmung nicht teil. Fraktionschefin **Simone Oldenburg** begründete dies mit einem „unparlamentarischen Verfahren“. Zudem benachteilige die neue Regelung zur Mittleren Reife Regionalschüler gegenüber Gymnasiasten.

Gesetzentwurf Landesregierung

Drucksache 7/3012

Beschlussempfehlung Bildungsausschuss

Drucksache 7/4330

Änderungsantrag

SPD/CDU-Koalition 7/4372

Änderungsantrag AfD

Drucksache 7/4368

Änderungsanträge DIE LINKE

Drucksachen 7/4337 bis 7/4361

Schwerpunkte des neuen Schulgesetzes

In der Debatte zum neuen Schulgesetz standen die Themen Inklusion und Mittlere Reife für Gymnasiasten in besonderem Fokus. Die Gesetzesnovelle sieht insgesamt aber in mehr als 80 Paragraphen Anpassungen vor. Das neue Schulgesetz tritt zum 1. Januar 2020 in Kraft. Schuljahresbezogene Regelungen werden zum 1. August 2020 wirksam. Was ändert sich für Lehrer und Schüler?

- An Grundschulen wird eine flexible Schuleingangsphase, also jahrgangsübergreifender Unterricht, eingeführt. Sie umfasst die Jahrgangsstufen 1 und 2 und kann für bis zu drei Schuljahre besucht werden. In dieser Phase gibt es keine Ziffernnoten.
- Auch an weiterführenden Schulen ist jahrgangsübergreifender Unterricht möglich. Über die Umsetzung entscheidet die Schulkonferenz.
- Die Förderschulen mit den Schwerpunkten Sehen, Hören, emotionale und soziale Entwicklung, körperliche und motorische Entwicklung, geistige Entwicklung und die Schule für Kranke bleiben dauerhaft bestehen. Ferner wird es 28 „Schulen mit spezifischer Kompetenz“ geben. Sie sollen das Lernangebot für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Sehen, Hö-

ren sowie körperlich und motorische Entwicklung ergänzen und eine wohnortnahe Beschulung ermöglichen.

- Die Förderschulen mit den Schwerpunkten Sprache und Lernen laufen bis 31.07.2020 (Sprache) und 31.07.2027 (Lernen) aus. Stattdessen werden an ausgewählten Grundschulen entsprechende Lerngruppen eingeführt.
- Die flexible Schulausgangsphase wird mit einem freiwilligen 10. Schuljahr und der Berufsreife dual neu ausgerichtet.
- An Gymnasien wird es neben der Studienorientierung auch eine Berufsorientierung geben. Sie wird integraler Bestandteil aller Fächer und Jahrgangsstufen.
- Gymnasiasten erhalten am Ende der 10. Klasse automatisch den Abschluss der Mittleren Reife, sofern ihr Notendurchschnitt nicht schlechter als 3,9 ist.
- Schulen können Schulgirokosten einrichten – und damit Klassenfahrten oder Wandertage einfacher organisieren. Und sie können ihre Schulbücher und Unterrichtsmedien künftig selbst auswählen.



Foto: Cornélius Kettler

In der Asklepios Klinik Parchim ist seit Juni die Kinderstation geschlossen.

Debatte um Kinderklinik Parchim

Landtag diskutiert Dringlichkeitsantrag

■ Die Zukunft der Kinderklinik in Parchim bleibt weiter ungewiss. Weil der Abteilung Ärzte fehlen, ist sie seit Pfingsten geschlossen. Die bislang erfolglose Suche nach neuem Personal nährt in Bevölkerung und Politik die Sorge, dass Asklepios die Kinderklinik längst aufgegeben habe. Kurz vor der Landtagssitzung einigten sich SPD, CDU und DIE LINKE deshalb auf einen Dringlichkeitsantrag. Darin forderten sie das Land auf, die Gespräche mit dem Klinikbetreiber nicht abreißen zu lassen und auf eine langfristige Lösung hinzuwirken. Ihren regulär eingebrachten Einzelantrag beließ DIE LINKE trotzdem auf der Tagesordnung. Darin drängte sie über Parchim hinausgehend auf allgemeine Maßnahmen, um Kinder- und Geburtsstationen in M-V dauerhaft zu sichern. Drei Wochen nach der Debatte wurde bekannt, dass Asklepios die Kinderstation zum Jahresende endgültig schließen wird.

Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE) warf Asklepios vor, nicht mit offenen Karten zu spielen. Im Gespräch mit der Parchimer

Stadtvertretung habe der Träger bereits mitgeteilt, die Kinderklinik aufgeben zu wollen. „Wir dürfen nicht weiter zuschauen, wie eine Kinderklinik nach der anderen schließt.“ Die Bevölkerung müsse sich auf eine flächendeckende stationäre Versorgung verlassen können, gerade für Kinder. Sie hielt Klinikbetreibern vor, sich mit Blick auf höhere Gewinne Rosinen herauszupicken. „Gesundheit darf keine Ware sein.“ Sie schlug vor, dem landesweiten Mangel an Kinderärzten mit einem Ärztee pool, mehr Studienplätzen, der Einstellung ausländischer Mediziner und einer beschleunigten Anerkennung ausländischer Arztabschlüsse zu begegnen. Ebenfalls ins Gespräch brachte sie eine Rekommunalisierung von Krankenhäusern.

Seine Fraktion bekenne sich ohne Wenn und Aber zu allen Krankenhausstandorten im Land, betonte Sebastian Ehlers (CDU). Deswegen auch der klare Appell an die Landesregierung, weiterhin mit den Betreibern zu sprechen, Kooperationsangebote in Erwägung zu ziehen und alle Planungsbeteiligten an einen Tisch zu holen. Kinder- und Geburtshilfe sei ein hoch emotionales Thema, das die Menschen bewege. „Deswegen ist es gut, wenn Politik da zusammensteht“, brachte er den fraktionsübergreifenden Antrag ein. Die Vorschläge aus dem Antrag der Linken hielt er nicht für zielführend. Ob Ärztee pool, mehr Studienplätze oder zügigere Berufsanerkennungsverfahren – nichts davon führe automatisch zu mehr Kinderärzten. Krankenhäuser in kommunale Trägerschaften zurückzu-

führen, sei unrealistisch. Dazu fehle den Kommunen schlichtweg das Geld. Nicht genug Ärzte zu haben, sei kein Phänomen privater Träger. „Ein kommunales Krankenhaus hätte wahrscheinlich ähnliche Probleme.“

Gesundheitsminister Harry Glawe zeigte sich überzeugt, für die Geburtenstation in Parchim eine Lösung zu finden. Für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen werde man nach derzeitigem Stand aber „wahrscheinlich eine neue Lösung brauchen“. In den kommenden Wochen werde es etliche Gespräche geben. Mit Krankenkassen, Ärztekammer, Kassenärztlicher Vereinigung und dem Klinikkonzern. Er kündigte an, so lange zu verhandeln, bis ein überzeugendes Ergebnis vorliege. Von Vorteil sei, dass es in Parchim ein medizinisches Versorgungszentrum gebe, in dem auch Kinderärzte arbeiten. „Jetzt muss man sehen, wie man die Dinge zusammenbringt.“ Er betonte, dass die Landesregierung in den vergangenen 30 Jahren 45,5 Millionen Euro in das Krankenhaus Parchim investiert habe, um die Grund- und Regelversorgung zu sichern. Jetzt gehe es allerdings um die Frage von Personalpolitik. „Ich habe noch nie erlebt, dass fünf Ärzte auf einmal krank werden oder kündigen und sechs Wochen später keiner mehr da ist.“ Auch darüber müsse gesprochen werden.

Die Probleme in Parchim seien symptomatisch für die pädiatrische Situation in ganz M-V, führte Dr. Gunter Jess

(AfD) an. Ein Grund dafür sei, dass die Pädiatrie bei der Finanzierung stiefmütterlich behandelt werde. „Auch die Bedarfsplanungsrichtlinie aus dem Jahr 1993 entspricht nicht mehr der Realität.“ Den Dringlichkeitsantrag unterstütze seine Fraktion. Mit 5,1 Kinderärzten auf 100.000 Einwohner gehöre der Landkreis Ludwigslust-Parchim landes- wie bundesweit zu den besonders abgehängten Regionen. Die Forderung nach einem Ärztepool halte er für naiv. „Sie tun so, als könnte jeder Arzt jede Tätigkeit nach Belieben ausüben.“ Er favorisierte freiwillige Kooperationen geeigneter Ärzte. Mehr Studienplätze brächten ebenfalls niemanden weiter. „Oder glauben Sie wirklich, dass wir bestimmen können, wer davon Pädiatrie macht?“ Bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse müsse zum Patientenwohl „Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen“.

Julian Barlen (SPD) hielt Asklepios vor, seinen Versorgungsauftrag nicht einzuhalten. Er könne sich nicht erklären, warum es einem so großen Konzern trotz angeblich eisernen Willens und konkreter Kooperationsangebote nicht gelinge, eine kurzfristige Lösung zu finden. Schwierigkeiten könnten immer auftreten. „Dann reicht es aber nicht, die weiße Fahne zu hissen.“ Asklepios habe mit dem Betreiben der Klinik eine Verantwortung übernommen. „Die Bürgerinnen und Bürger verlassen sich auf



Foto: Uwe Sinnecker

die Krankenhäuser.“ Er warnte davor, gewinnbringende und weniger ertragreiche Abteilungen gegeneinander auszuspielen. „Klinikkonzerne dürfen uns nicht nach Gewinnlogik diktieren, welche Versorgungsangebote es in einer Region gibt und welche nicht.“ Deshalb die gemeinsame Aufforderung an den Gesundheitsminister, mit dem Konzern schnellstmöglich zu vereinbaren, wie die Versorgung fortgeführt werden könne. „Unser Ziel bleibt eine flächendeckende Versorgung.“

„Wolgast, Neustrelitz, Ludwigslust, Stralsund, Parchim, Crivitz: Wir haben mehrere Fälle im Land, die uns umtreiben“, verdeutlichte **Torsten Koplín** (DIE LINKE). Deshalb brauche es neben konkreten Maßnahmen für einzelne Kliniken auch grundsätzliche Lösungen. Dafür stehe der Antrag seiner Fraktion. Medizinische Erfordernisse und wirtschaftliche Interessen stünden an Krankenhäusern vielfach im Konflikt zueinander. „Der Druck auf die Rendite ist unbestreitbar.“ In den vergangenen 25 Jahren sei in Deutschland jede fünfte Kinderabteilung geschlossen worden. Auch deshalb, weil Besonderheiten wie ein erhöhter Zeitaufwand, ein breiteres Leistungsspektrum und eine hohe Notfallquote im Abrechnungssystem nicht abgebildet würden. Dafür könnten Klinikbetreiber nichts. „Das müssen wir politisch lösen.“ Er bezweifelte jedoch, dass es einem Großkonzern wie Asklepios tatsächlich nicht gelinge, einen temporären Perso-

nalengpass zu überwinden. „Ich sage Ihnen: Die wollen das nicht.“

Wolfgang Waldmüller (CDU) blickte auf den Trägerwechsel in den 1990er-Jahren zurück. „Weil der Landkreis nicht in der Lage war, das Krankenhaus weiter zu unterhalten, haben wir damals einen privaten Investor gesucht.“ Unter Asklepios habe sich die Klinik „exzellent entwickelt“. Alle Abteilungen seien auf dem modernsten Stand, auch die Pädiatrie und Geburtenklinik. Zwei Tage, nachdem der Personalmangel in der Pädiatrie öffentlich geworden sei, habe der Gesundheitsminister das Gespräch mit der Geschäftsführung gesucht. Ziele seien vereinbart worden. „Wir haben jetzt gesehen, dass die Fortschritte, die wir alle erhofft haben, nicht eingetreten sind.“ Nun jedoch in der Öffentlichkeit permanent eine Schließung der Station zu suggerieren, rede den Standort schlecht. „Bis heute liegt keine Abmeldung des Krankenhauses für die Pädiatrie vor.“ Anstatt zu laut zu schimpfen und damit auch Bewerber abzuschrecken, sei jetzt Überzeugungsarbeit bei der Klinikleitung gefragt. Er blicke mit Zuversicht auf die Gespräche.

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen, der Antrag der Linken mehrheitlich abgelehnt.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/4309
Dringlichkeitsantrag CDU, SPD, DIE LINKE
Drucksache 7/4369

aktuell

Die Kinderstation in Parchim soll zum Jahresende geschlossen werden. Darauf haben sich Klinikbetreiber Asklepios und Gesundheitsminister Harry Glawe verständigt. An ihre Stelle soll eine Tagesklinik für Kinder und Jugendliche treten. Darüber hinaus haben Asklepios und das Mediclin Krankenhaus am Crivitzer See in Abstimmung mit dem Minister beschlossen, ihre Abteilungen für Gynäkologie und Geburtshilfe ab Januar in Parchim zu bündeln und die Station in Crivitz zu schließen. Die Entscheidungen wurden am 6. Dezember bekanntgegeben.

Quelle: Wirtschaftsministerium

Sorge um den Güterverkehr

Gutachten zu DB Cargo stellt Anzahl der Verladestellen infrage

■ Führt die Deutsche Bahn den Güterverkehr in M-V aufs Abstellgleis? Der Landtag befürchtet: Ja! Anlass seiner Sorge ist ein Gutachten für die Bahntochter DB Cargo. Das Papier beschäftigt sich mit der Frage, wie es mit dem Einzelwagenverkehr weitergehen könnte – also mit jenen Güterzügen, die sich aus Waggons verschiedener Kunden zusammensetzen und Güter über mehrere Rangierpunkte ans Ziel bringen. Ein Geschäftsbereich, in dem die Bahn seit Langem Verluste einfährt. Eine der vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen sieht vor, die Anzahl der Verladestellen zu reduzieren. Für den Wirtschaftsstandort M-V wäre das ein schwerer Schlag, waren sich die Abgeordneten einig. Auf Initiative der SPD-Fraktion forderten sie die Landesregierung einstimmig auf, beim Bund darauf hinzuwirken, dass das Land im Güterverkehr nicht den Anschluss verpasst.

Den Einzelwagenverkehr aufrechtzuerhalten, sei nicht nur eine Klimaschutzpolitische Frage. „Es geht auch um die wirtschaftlichen Interessen in unserem Land“, verdeutlichte **Jochen Schulte** (SPD). Die Gedankenspiele der DB Cargo könnten für M-V zur Folge haben, dass Waggons nur noch an zwei Standorten zusammengestellt werden, möglicherweise in Wismar und Rostock. „Das bedeutet, dass viele Unternehmen ihre Produkte nicht mehr per Bahn zu ihren Kunden bringen können“, sondern auf die Straße ausweichen müssen. Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG rechne bundesweit mit einem Abbau von bis zu 3000 Arbeitsplätzen. Anstatt sich immer weiter zurückzuziehen, sollte die Bahn betriebswirtschaftliche Alternativen wie digitalisierte und automatisierte Geschäftsabläufe vorantreiben, um das Angebot in den Regionen aufrechtzuerhalten, so Schulte. Seine Fraktion stehe innovativen Modellen im Land offen gegenüber.



Foto: Jens Büttner

Beim Einzelwagenverkehr werden Waggons verschiedener Kunden und mit unterschiedlichen Start- und Zielorten transportiert.

In der technischen Entwicklung der Deutschen Bahn klafft nach Ansicht von Verkehrsminister **Christian Pegel** eine Lücke von 25 bis 30 Jahren. Das zeige sich bei den Einzelverkehren besonders deutlich: Hier sei nach wie vor viel Handarbeit im Spiel. Ein Punkt, „der Arbeit macht und Geld kostet“. Mit weiteren Einsparungen zu reagieren, sei der falsche Weg. Klimaschutz, Verkehrsbelastungen, Fernfahrerangel – all das seien gute Gründe, zu sagen: „Wir müssen das umkehren.“ Er empfahl dem Energieausschuss, einen Vertreter der für die Güterverkehrsstellen zuständigen DB Netz einzuladen. Um zu hinterfragen, wie es mit den 18 noch verbliebenen Punkten im Land weitergehen soll – und umgekehrt auch zu erfahren, wie ausgelastet diese sind. „Vielleicht haben wir da miteinander auch eine Aufgabe, in die Unternehmenschäft des Landes hinein zu werben.“

Stephan Reuken (AfD) begrüßte es, zunächst den Bund in die Verantwortung zu nehmen. Zum Beispiel, wie von den Landesverkehrsministern gefordert, mit einem Sonderfonds Schienenverkehr Deutschland. „Aber: Auch unsere Landesregierung muss Einiges tun.“ Er denke da an Förderungen in Form von Steuervorteilen oder daran, die Stilllegung von Bahnstrecken zu stoppen. Denn: Wer den Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern wolle, brauche ein gut ausgebautes Streckennetz. „Hier sieht es in Mecklenburg-Vorpommern sehr, sehr mau aus.“ Einzelwagenverkehre befänden sich aber nicht nur

in Deutschland in einer Krise. „In einigen Ländern Europas ist diese Transportform mittlerweile vollständig verschwunden; beispielsweise in Großbritannien, Italien und Norwegen.“ Automatisierte und autonome Transporte seien noch ein weiter Forschungsweg. „Hier bedarf es einer breit angelegten Forschung, um effiziente Systeme zu entwickeln.“

Dietmar Eifler (CDU) erklärte, dass das Gutachten zu DB Cargo Bestandteil der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung gewesen sei, weil sich der Einzelwagenverkehr so defizitär entwickelt habe. „Die Gutachter kommen zu zwei Szenarien.“ Das eine konzentriere sich darauf, bestehende Strukturen abzubauen. „Das ist für uns nicht die Lösung.“ Die andere Option fokussiere sich auf Subventionen. Für seine Fraktion stehe im Mittelpunkt, die vorhandene Infrastruktur für die mittelständische Wirtschaft und damit einhergehend wettbewerbsfähige Bedingungen zu erhalten. „Aus diesem Grund haben wir Koalitionsfraktionen uns verständigt, diesen Antrag in den Landtag einzubringen. Mit der Bitte um Zustimmung, damit die Landesregierung dahingehend weiter agieren kann.“

Bedienpunkte abzubauen – das wäre nichts Neues, betonte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). Bereits vor 15 Jahren habe die Deutsche Bahn AG die Anzahl von 2.100 auf 1.000 reduziert. Allein 2018 habe DB Cargo einen Verlust von rund 200 Millionen Euro eingefahren. „Insofern ist Ihre Sorge, dass

weitere Bedienungspunkte aufgegeben werden und insbesondere M-V davon betroffen sein könnte, durchaus realistisch.“ Das würde nicht nur das Landeskonzept zur Entwicklung grüner Gewerbegebiete konterkarieren, sondern auch dem Klimaschutzprogramm 2030 des Bundes widersprechen. „Deshalb ist es richtig, dass das Land Druck macht beim Bund.“ Aber auch auf Landesebene müssten Scheuklappen abgelegt werden. „Wenn Ihnen die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene, die Stärkung des Einzelwagenverkehrs und der wirtschaftlichen Entwicklung von Unternehmen im ländlichen Raum wirklich wichtig sind, dann sollte eine Stilllegung von Bahninfrastruktur ein für alle Mal vom Tisch sein.“

Natürlich hingen Trassenstilllegungen und Schienenverkehre eng zusammen, erwiderte **Jochen Schulte** (SPD). „Wenn eine Trasse stillgelegt ist, kann ich weder Güter darauf transportieren noch Personen.“ Andererseits gehe es aber auch um Nutzungsbedarfe. Möglicherweise sollte man an der Stelle auch Subventionierungen ins Kalkül ziehen. „Das klingt immer erst einmal sehr gefährlich.“ Am Ende könne das aber zu bezahlbaren Trassenentgelten und mehr Schienenverkehr führen. Wer – wie im Klimapakett des Bundes avisiert – den Schienengüterverkehr stärken wolle, dürfe aber nicht nur lang laufende Strecken im Blick haben. „Davon haben wir in diesem Land nichts.“ Die Wirtschaft sei hier

auf regionale Lösungen angewiesen. „Deshalb ist es so wichtig, dass die Einzelgüterverkehre erhalten und gestärkt werden.“

Am Ende der Aussprache wurde der Antrag 7/4302 der SPD und CDU einstimmig angenommen. Damit ist die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Einzelwagenverkehre einzusetzen.

Antrag SPD/CDU-Koalition
Drucksache 7/4302

Landtag fordert Nachbesserungen am Agrarpaket

■ **Deutschlands Landwirte sind in Aufruhr: Der Bund hat ein Agrarpaket geschnürt. Es sieht unter anderem vor, den Einsatz von Glyphosat schrittweise zu verbieten, ein freiwilliges Tierwohlkennzeichen einzuführen und Finanzmittel umzuschichten. Auch Landwirte in M-V protestieren dagegen. Sie sehen die Existenz ihrer Betriebe in Gefahr. Ein Thema, das auch den Landtag beschäftigte. Zum einen wollte die AfD in einer Aussprache über die Auswirkungen für M-V diskutieren. Zum anderen mahnten die Koalitionsfraktionen Nachbesserungen an: Auf Initiative der CDU forderten sie die Landesregierung auf, sich beim Bund für einen praxistauglichen Artenschutz, ein verpflichtendes Tierwohllabel sowie einen bedarfsgerechten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln stark zu machen. Beide Ansinnen wurden in einer Debatte zusammengeführt.**

„Das Agrarpaket der Bundesregierung stellt die Zukunft zahlreicher landwirtschaftlicher Unternehmen in unserem Land infrage“, warnte **Holger Kliewe** (CDU). Er sprach von Einbußen bis zu 300 Euro je Hektar und beanstandete, dass weder die Bundesländer noch die

Landwirte in die Erarbeitung der Maßnahmen einbezogen worden seien. Die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln betreffe in M-V rund 46 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. „Das sind 700.000 Hektar.“ Hier seien „emotionale, dem Mainstream entsprechende Entscheidungen“ getroffen worden. Wissenschaftlich begründen lasse sich das Glyphosatverbot nicht. Kürzungen bei den Direktzahlungen lehnte er ebenfalls ab. Das nehme den Landwirten einen weiteren Teil ihrer Einnahmen und schwäche ihre Wettbewerbsfähigkeit. Mehr Dialog – den forderte er auch in Bezug auf das Tierwohllabel. „Mehraufwand muss honoriert werden und darf nicht durch Billigprodukte an der Theke unterlaufen werden.“

Dr. Till Backhaus, Landwirtschaftsminister, begrüßte das Ansinnen des Agrarpakts. „Die Ziele sind vom Grundsatz her richtig.“ Angesichts immer neuer Auflagen verstehe er aber auch die Kritik der Landwirte. „Das Agrarpaket ist nicht die Ursache für die Proteste. Es hat das Fass zum Überlaufen gebracht.“ Die Zeit sei reif für einen neuen Gesellschaftsvertrag, der sich unter anderem Gedanken über auskömmliche Einkünfte für Landwirte mache und deren gesellschaftliches Ansehen verbessere. Wer gesunde, hochwertige Lebensmittel produziere, Artenvielfalt stabilisiere und den Klimaschutz beflügelt, erbringe eine öffentliche Leistung. Und dafür müsse es nach seinem Dafürhalten auch öffentliches Geld geben. Beim Tierwohllabel sprach er sich für eine verpflichtende Kennzeichnung aus. „Davon weiche ich nicht ab.“ Die Einschränkung bei Pflanzenschutzmitteln werde seiner Meinung nach nur zehn Prozent der Ackerflächen betreffen. „Ich glaube, das kann man gut machen.“

Hohe Produktionsauflagen, „realitätsferne Ansprüche einer übersättigten Wohlstandsgesellschaft“, Globalisierung, all das mache den Landwirten das Leben zunehmend schwer, meinte **Ralf Borschke** (AfD). „Noch nie war die Kluft zwischen Landwirtschaft, Politik und Gesellschaft so groß wie heute.“ Den Berufsstand nun noch weiter „an die Kandare zu legen“, lehnte er ab. So zu tun, als werde bedenkenlos und auf Teufel komm raus gedüngt, sei eine Frech-

Hintergrund

Güterzug ist nicht gleich Güterzug. Wenn Verkehrsunternehmen Güter von einem Sender zum Empfänger bringen, unterscheiden sie im Wesentlichen zwischen zwei Arten: dem Ganzzug und dem Einzelwagenverkehr. Mit Ganzzügen werden große Gütermengen wie Kies, Kohle, Erz oder Stahl als geschlossene Einheit und im Auftrag eines Versenders vom Start zum Zielbahnhof transportiert. Beim Einzelwagenverkehr reihen sich Waggons verschiedener Kunden und mit unterschiedlichen Start- und Zielorten aneinander. Ihr Weg führt über Rangierbahnhöfe, an denen sie je nach Ziel immer wieder Teil anderer Güterzüge werden.

heit. „Die Landwirtschaft ist nicht der Verursacher des Insektensterbens.“ Die Umschichtung der Direkthilfen werde unweigerlich zu Einkommensverlusten in der konventionellen Landwirtschaft und damit auch zu weniger Arbeitsplätzen führen. „Betroffen ist dann wieder der ländliche Raum.“ Erst die Landwirtschaft an den Tropf der Brüsseler Subventionen zu bringen und jetzt die Notbremse ziehen zu wollen, sei eine Doppelmoral.

In der Praxis kaum umsetzbar – so bewertete **Elisabeth Aßmann** (SPD) das Agrarpaket. Auch sie hoffe auf Verbesserungen. „Das Insektenschutzprogramm ist ja erst mal nur ein Programm und noch kein Gesetz.“ Ziel müsse sein, auf einen Umweltschutz hinzuwirken, den sich die Landwirte leisten können und wollen, weil er sich in den Betrieb integrieren lässt. Sie bedauerte, dass sich M-V bei der Abstimmung zum Tierwohllabel im Bundesrat habe enthalten müssen, weil der Koalitionspartner eine verpflichtende Kennzeichnung ablehne. „Ich nehme wahr, dass auch viele Landwirte eine Verpflichtung wollen, weil sie Angst vor noch mehr Wettbewerbsverzerrung haben.“ Sie zeigte sich optimistisch, dass der Bund einen entsprechenden Umbau von Betrieben mit Fördermitteln unterstützen würde. Die Direktmittel umzuschichten, stärke den Naturschutz im ländlichen Raum und den ökologischen Landbau. Ihr Appell in Richtung EU: auch für Agrarumweltmaßnahmen Anreize und damit einen Einkommenszweig zu schaffen.

19.000 Traktoren in 28 Städten: „Die Bauernproteste der vergangenen Wochen haben viele Menschen aufgeschreckt“, sagte **Dr. Wolfgang Weiß** (DIE LINKE). „Der Unmut im Berufsstand ist außerordentlich groß.“ Viele Landwirte in M-V fühlten sich „als Buhmann der Nation“ und von der Bundesregierung im Stich gelassen. Die Landwirtschaft sei in einem Wirtschaftssystem gefangen, in dem Konzerninteressen dominierten. „Wer den Agrarbetrieben wirklich helfen will, muss anfangen, Landwirtschaft neu zu denken und sie aus dem Joch der Konzerne und Bodenspekulanten befreien.“ Auch bei der Tierwohlkennzeichnung lasse sich die Politik seiner Meinung nach von Supermarktketten



Foto: Jens Büttner

Das Einfahren der Ernte ist der Lohn für die Mühen der Landwirte.

treiben. „Aus unserer Sicht ist ein verpflichtendes Label für alle Bereiche der Tierproduktion ein Muss.“ Eine Abkehr vom Glyphosat-Verbot komme für seine Fraktion dagegen nicht infrage. „Glyphosat ist kein Pflanzenschutzmittel, sondern ein Breitbandherbizid.“

Ein verpflichtendes Tierwohllabel mache nur im Zuge einer europaweiten Regelung Sinn, unterstrich **Holger Kliewe** (CDU). Ein Alleingang würde deutsche Landwirte im Wettbewerb benachteiligen. Sollte Deutschland in seiner anstehenden Ratspräsidentschaft auf eine EU-weite Lösung hinwirken, werde sich die CDU einer Kennzeichnungspflicht nicht versperren. Pflicht versus Freiwilligkeit – das sei auch bei Biodiversitätsmaßnahmen ein Knackpunkt: Bei ver-

pflichtenden Anforderungen würden finanzielle Verluste nicht ausgeglichen. Landwirte seien in Sachen Umwelt- und Naturschutz zu vielem bereit, betonte er – sofern sie am Ende pro Hektar die gleiche Wertschöpfung wie vorher haben. „Sie wollen klare Zielvorgaben, Planungssicherheit und natürlich auch das Einkommen für ihre Familien gesichert wissen. Wenn das klargestellt ist, sind die Landwirte, glaube ich, auch nicht gegen das Agrarpaket.“

Am Ende der Debatte wurde der Antrag mit den Stimmen von SPD und CDU verabschiedet. DIE LINKE stimmte dagegen, die AfD enthielt sich.

Antrag CDU/SPD-Koalition
Drucksache 7/4305

Agrarpaket

Dem Agrarpaket der Bundesregierung liegen drei Gesetzentwürfe zugrunde mit diesen Schwerpunkten:

Umschichtung der Agrarmittel: Die Fördermittel der EU fließen in zwei Säulen. Die erste umfasst Direktzahlungen an Landwirte, die zweite finanziert Förderprogramme. Im kommenden Jahr werden die Gelder anders umgeschichtet. Dann fließen 6 Prozent der Mittel aus der ersten Säule in die zweite. Bisher waren es 4,5 Prozent. Im Ergebnis führe das für hiesige Landwirte zu einer Kürzung der Direktzahlungen in Höhe von rund 4,50 Euro pro Hektar, sagt Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus.

Insektenschutzprogramm: Es sieht vor, den Einsatz von Glyphosat schrittweise zu reduzieren und Ende 2023 ganz zu verbieten. In Schutzgebieten (z.B. FFH-Gebiete [Fauna-Flora-Habitat], Naturschutzgebiete, Nationalparks und Vogelschutzgebiete) dürfen ab 2021 keine Herbizide und biodiversitätsschädigende Insektizide verwendet werden.

Tierwohllabel: Das Kennzeichen soll Verbrauchern Rückschlüsse auf die Haltung der Tiere ermöglichen. Es ist freiwillig und gilt zunächst nur für Schweinefleisch. Die Gesetzentwürfe des Agrarpakets werden nun im Bundestag und Bundesrat diskutiert

Weitere Meldungen

Neue Regeln für Wohlfahrtsverbände

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sollen künftig mehr Geld erhalten – und genauer offenlegen, wofür sie es ausgeben. Die Grundlagen dafür hat der Landtag mit den Stimmen von SPD und CDU in der Novembersitzung in Form eines Gesetzes verabschiedet. Damit erhalten die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege anstelle projektbezogener Zuweisungen nun klar definierte Landesmittel. Diese setzen sich zusammen aus einem einheitlichen Sockelbetrag und einem variablen Anteil, der sich nach der Anzahl der Mitarbeiter richtet. In den kommenden beiden Jahren sollen die Mittel von derzeit 5,1 Millionen Euro auf 5,77 Millionen Euro steigen. Die Verbände müssen jedes Jahr offenlegen, wofür sie das Geld ausgeben. Diese Informationen sollen über öffentliche Datenbanken für jedermann zugänglich sein. DIE LINKE lehnte das Gesetz ab. Sie sieht die Sozialberatung auch weiterhin nicht auskömmlich finanziert und forderte zudem landesweit einheitliche Standards. Die AfD strengte an, Mitarbeiter nach Maßgabe des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst zu bezahlen. Ihr fehlten zudem klare Kontroll- und Transparenzregelungen für die unteren Verbandsgliederungen. Die AfD brach ihre Beteiligung an der Abstimmung ab. Grund: Das Sozialministerium hatte bereits vor der Abstimmung in einer Pressemitteilung die Annahme des Gesetzes verkündet. „Das macht unsere Abstimmung zu einer reinen Farce“, schimpfte Prof. Dr. Ralph Weber (AfD).

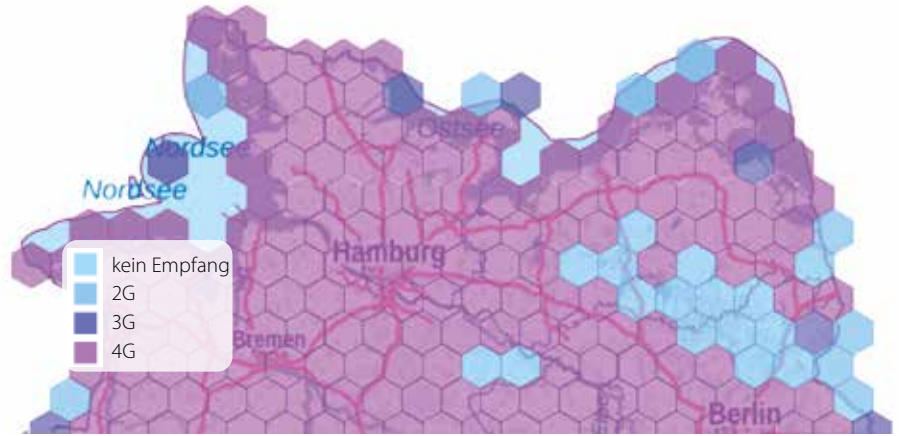
Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/4009

Beschlussempfehlung Sozialausschuss
Drucksache 7/4331

Änderungsanträge DIE LINKE

Drucksache 7/4370 und 7/4371

https://www.landtag-mv.de/fileadmin/media/Dokumente/Parlamentsdokumente/Drucksachen/7_Wahlperiode/D07-4000/Drs07-4373.pdf



Quelle/Grafik: GeoBasis-De / BKG2016

Land will eigene Funkmasten

Flächendeckender Handy-Empfang? Dafür fehlen M-V rund 230 Funkmasten. Um die Funklöcher zu schließen, ändert das Land seinen bisherigen Kurs. Dieser sah vor, Kommunen mit einem Förderprogramm von 50 Millionen Euro beim Bau eigener Mobilfunkmasten zu unterstützen. Jetzt setzt es auf eine landeseigene Funkmasten-Gesellschaft. Grund sind die Ankündigungen des Bundes, eine Mobilfunk-Infrastrukturgesellschaft für den Bau von Mobilfunkmasten in unversorgten Regionen gründen zu wollen. Vor diesem Hintergrund müsse das ursprüngliche Förderprogramm neu diskutiert werden, begründete die CDU die neuerliche Funkmastendebatte im Parlament. Ziel sei, Planungs- und Bauvorhaben in eine Hand zu legen und Projekte dadurch zügiger voranzutreiben. Die Abgeordneten stärkten Digitalisierungsminister Christian Pegel einstimmig den Rücken für diesen Weg. Die Koalitionsfraktionen warben in ihrem Antrag darum, das Funkmastenprogramm im kommenden Jahr schnellstmöglich zu starten. Diesem Zeitplan erteilte der Minister eine Absage: Das geplante Vorgehen müsse aus wettbewerbsrechtlichen Gründen auch durch die EU genehmigt werden. Bis zu sichtbaren Erfolgen würden voraussichtlich zwei bis zweieinhalb Jahre vergehen.

Antrag CDU/SPD-Koalition
Drucksache 7/4303

Kurtaxe für Verwandte

Wer Verwandte in einem Ort besucht, der eine Kurtaxe erhebt, wird auch künftig nicht per se von einer Zahlungspflicht befreit. SPD, CDU und DIE LINKE lehnten einen entsprechenden

Vorstoß der AfD ab. Deren Gesetzentwurf sah vor, Familienbesuche abgabenfrei zu stellen. Hintergrund: Gemeinden, die als Kur- oder Erholungsorte anerkannt sind, können laut Kommunalverfassung für ortsfremde Gäste eine Kurtaxe erheben. Das schließt nicht nur Urlauber ein, sondern auch Eltern, Großeltern, Geschwister und andere nahe Verwandte von Einwohnern. Die AfD drängte darauf, Verwandte nicht als ortsfremd einzustufen. Das würde einem familienfreundlichen Tourismusland gut zu Gesicht stehen, argumentierte sie. SPD und CDU werteten den Vorschlag als Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung. Kommunen hätten auch jetzt schon die Möglichkeit, Verwandte über entsprechende Satzungen von der Abgabe auszunehmen. So geschehen beispielsweise in Bad Doberan. Für DIE LINKE sprang der Entwurf zu kurz. Sie verwies darauf, dass im Land bereits generell am Thema Kurtaxe gearbeitet werde.

Gesetzentwurf AfD
Drucksache 7/4013

Landarztquote geplant

Spätestens ab dem Wintersemester 2021 soll ein Teil der Medizinstudienplätze in Rostock und Greifswald für Bewerber reserviert werden, die sich verpflichten, nach ihrem Studium für mindestens zehn Jahre als Landarzt in M-V zu arbeiten. Dem Gesetzentwurf der Landesregierung zufolge werden pro Jahr 32 Studienplätze dafür vorgehalten. Ziel ist es, die hausärztliche Versorgung auf dem Land sicherzustellen. Mit dieser Quote wird bei der Studienplatzvergabe ausdrücklich nicht die Abiturnote in den Fokus gestellt. Nachdem der Landtag die Landesregierung Ende vergangenen Jahres

mit den Stimmen von SPD und CDU aufgefordert hatte, eine Landarztquote auf den Weg zu bringen, legte diese nun ihren Gesetzentwurf vor. Er wurde einstimmig zu weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/4300*

Personalmangel in der Justiz

■ M-V steht in der Justiz vor einer großen Pensionierungswelle. In den kommenden zwölf Jahren werden laut Justizministerium rund 360 Richter und Staatsanwälte in den Ruhestand gehen. Die Opposition mahnt, dieser Entwicklung rechtzeitig entgegenzuwirken. Sowohl die AfD als auch DIE LINKE legten dem Parlament in der Novembersitzung entsprechende Anträge dazu vor. Die AfD-Fraktion forderte bis Ende 2020 ein Konzept ein, um die Altersstruktur bei Gerichten und Staatsanwaltschaften zu entzerren. DIE LINKE fokussierte sich auf die Juristenausbildung. Sie verlangte, an der Universität Rostock den Studiengang Rechtswissenschaften wieder einzuführen und den beiden Universitäten Greifswald und Rostock ausreichend Geld für bessere Ausbildungsbedingungen zur Verfügung zu stellen. Die Redner der anderen Fraktionen warfen der AfD vor, lediglich ein Konzept zu fordern, statt eigene Ideen zu entwickeln. Der Antrag der LINKEN fiel bei den Koalitionsfraktionen durch. Ihr Hauptargument: Anstatt wieder doppelte Strukturen zu schaffen, sollte zunächst die Juristenausbildung in Greifswald verbessert werden.

Antrag AfD Drucksache 7/4293

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/4306

Beratungen zum Finanzausgleich

■ Im Landtag haben die Beratungen zum neuen kommunalen Finanzausgleich begonnen. Nachdem die Landesregierung lange mit den Kommunalverbänden um eine Einigung gerungen hatte, legte sie nun ihren Gesetzentwurf dazu vor. Demnach stockt das Land seine Zuweisungen an die Kommunen im kommenden Jahr um 350 Millionen Euro auf 2,9 Milliarden Euro auf. Die Pläne sehen unter ande-

rem die Einführung einer Infrastrukturpauschale vor. Sie soll die Investitionskraft der Kommunen erhöhen und in den kommenden drei Jahren jeweils 150 Millionen Euro umfassen. Danach 100 Millionen Euro pro Jahr. Bei der Verteilung der Zuweisungen sollen zudem Faktoren wie Einwohnerzahlen, Steuerkraft sowie die Anzahl von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigt werden. Besonders finanzschwache Gemeinden können mit Sonderzahlungen rechnen. Für die AfD blieb offen, ob die Mittel langfristig ausreichen und zusätzliche Belastungen der Gemeinden auffangen. Sie vermisste konkrete Zahlen für jede Gemeinde und regte an, die für Dezember geplante Verabschiedung des Doppelhaushalts 2020/2021 zu verschieben und Anfang 2020 zusammen mit dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) zu beschließen. DIE LINKE bemängelte, dass Kreise, Städte und Gemeinden auf erheblichen Kosten für neue Aufgaben oder neue Standards sitzen blieben, etwa in Bereichen wie Inklusion, gebührenfreie Kita und Brandschutz. Auch die Höhe der Infrastrukturpauschale werde dem Investitionsstau der vergangenen Jahre nicht gerecht. Nach gut einstündiger Debatte wurde der Gesetzentwurf einstimmig zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/4301*

Mehr Integration

■ Die Landesregierung hat ihr Integrationskonzept neu ausgerichtet. Es sieht unter anderem vor, Migranten beim Erlernen der deutschen Sprache mehr zu unterstützen, den Weg in Ausbildung oder Beschäftigung zu erleichtern und bestehende Integrationsangebote besser bekannt zu machen. Sozialministerin Stefanie Drese kündigte zudem an, eine Antidiskriminierungsstelle ins Leben zu rufen. Kommunen empfiehlt das Konzept, Integrationsbeiräte zu bilden. Ziel sei, die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben zu verbessern. SPD und CDU sprachen von vielversprechenden Ansätzen. Die AfD bezeichnete das Konzept als beschönigend und wirklichkeitsfern. Für DIE LINKE blieb es hingegen an vielen Stellen unzulänglich und vage. Sie



Foto: Jens Büttner

beantragte, die Unterrichtung zur weiteren Beratung in die Ausschüsse zu überweisen, fand dafür aber keine Mehrheiten. Die „Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern“ wurde erstmals 2006 vorgelegt und nun zum zweiten Mal fortgeschrieben. In M-V leben laut Landesregierung derzeit 77.800 Ausländer. Das entspreche einem Bevölkerungsanteil von 4,75 Prozent. An der Spitze der Hauptherkunftsländer stehen Polen mit 13.193 Personen und Syrien mit 13.029. Die Unterrichtung der Landesregierung wurde mit den Stimmen von SPD und CDU für erledigt erklärt.

*Unterrichtung Landesregierung
Drucksache 7/4178*

Fraktionslose Anträge

■ In der Novembersitzung brachten auch die beiden fraktionslosen Abgeordneten des Landtags Anträge ein. Christel Weißig machte sich für einen Sucht- und Drogenbeauftragten des Landes stark. Holger Arppe stellte zwei Anträge. Einmal warb er darum, die Bundeswehr nicht mehr an Einsätzen in Syrien zu beteiligen. Zum anderen forderte er, den Einsatz Freiwilliger Feuerwehren zu verbessern. Unter anderem durch Erhebungen, wie viele berufspendelnde Feuerwehrleute durch ihre Auswärtstätigkeit nicht für Einsätze zur Verfügung stehen und welche Arbeitgeber durch mangelndes Kooperationsverhalten die Einsatzfähigkeit der Feuerwehren gefährden. Alle drei Anträge wurden abgelehnt.

Antrag Christel Weißig (fraktionslos)

Drucksache 7/4290

Antrag Holger Arppe (fraktionslos)

Drucksache 7/4286

Antrag Holger Arppe (fraktionslos)

Drucksache 7/4287

Laufende Gesetzgebung

Stand: 25.11.2019

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/3584	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank - Girozentrale -	Finanzausschuss	1. Lesung: 22.05.2019 in Beratung
7/3694	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung anderer Gesetze	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 19.06.2019 in Beratung
7/3695	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes	Sozialausschuss	1. Lesung: 19.06.2019 in Beratung
7/3899	LReg.	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020/2021	Finanzausschuss	1. Lesung: 04.09.2019 in Beratung
7/3900 (neu)	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021)	Finanzausschuss	1. Lesung: 04.09.2019 in Beratung
7/4017	DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Beteiligtentransparenzdokumentation beim Landtag (Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz Mecklenburg-Vorpommern - BeteilidokG M-V)	Rechtsausschuss	1. Lesung: 04.09.2019 in Beratung
7/4204	DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes, der Freistellung ehrenamtlicher Mitarbeiter und der Fortbildung hauptberuflicher Fachkräfte und Mitarbeiter (Kinder- und Jugendförderungsgesetz - KJfG M-V)	-	1. Lesung: 17.10.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4206	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (Landesausführungsgesetz SGB II - AG-SGB II)	-	1. Lesung: 17.10.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4207	AfD	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalen Versorgungsverbandsgesetzes	-	1. Lesung: 17.10.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4208	AfD	Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor gesundheitlichen Gefahren durch Kohlenstoffmonoxid in Shisha-Einrichtungen	-	1. Lesung: 17.10.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4209	AfD	Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung einer Zuwendung für die nicht erwerbsmäßige Pflege eines Angehörigen zur Förderung der Pflegebereitschaft (Landespflegefördergeldgesetz)	-	1. Lesung: 17.10.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4292	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Strategiefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ (Strategiefonds-Errichtungsgesetz- StratG M-V)	-	1. Lesung: 13.11.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4300	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Bereichen mit besonderem öffentlichen Bedarf des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landarztgesetz Mecklenburg-Vorpommern - LAG M-V)	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 13.11.2019 in Beratung
7/4301	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 13.11.2019 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 13. November 2019 entschieden

Stand: 25.11.2019

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/3012	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	LReg.	1. Lesung: 23.01.2019 2. Lesung: 13.11.2019	Annahme
7/3556	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulrechts	LReg.	1. Lesung: 22.05.2019 2. Lesung: 13.11.2019	Annahme
7/3990	Entwurf eines Zustimmungsgesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Land Niedersachsen über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit in Zweckverbänden, gemeinsamen kommunalen Unternehmen, Planungsverbänden nach § 205 des Baugesetzbuchs und durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen	LReg.	1. Lesung: 04.09.2019 2. Lesung: 13.11.2019	Annahme
7/4000	Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs- und Beamtensorgungsbezügen 2019, 2020 und 2021 und zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern	LReg.	1. Lesung: 04.09.2019 2. Lesung: 13.11.2019	Annahme
7/4009	Entwurf eines Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung des Insolvenzordnungsausführungsgesetzes	LReg.	1. Lesung: 04.09.2019 2. Lesung: 13.11.2019	Annahme
7/4201	Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Drittes Glücksspieländerungsstaatsvertrags-gesetz - Drittes GlüÄndStVG M-V)	LReg.	1. Lesung: 17.10.2019 2. Lesung: 13.11.2019	Annahme
7/4012	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 04.09.2019 2. Lesung: 13.11.2019	Ablehnung der Überweisung Ablehnung des Gesetzentwurfes
7/4013	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 04.09.2019 2. Lesung: 13.11.2019	Ablehnung der Überweisung Ablehnung des Gesetzentwurfes
7/4014	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 04.09.2019 2. Lesung: 13.11.2019	Ablehnung der Überweisung Ablehnung des Gesetzentwurfes
7/4016	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	DIE LINKE	1. Lesung: 04.09.2019 2. Lesung: 13.11.2019	Ablehnung der Überweisung Ablehnung des Gesetzentwurfes



Zu Spitzenzeiten kann es passieren, dass Windkraftanlagen abgeregelt werden müssen, da das Netz durch den produzierten Strom überlastet ist.

Zu viel Energie

Petitionsausschuss berät über Netzausbau

■ Kritik am Ausbau der Windenergie ist Gegenstand zahlreicher Petitionen. Häufig wird in diesem Zusammenhang auch ein unzureichender Ausbau des Stromnetzes kritisiert. So bemängelt ein Petent in einer kürzlich vom Ausschuss behandelten Eingabe, dass bei gutem Wind die Windanlagen abgeschaltet seien, weil das vorhandene Stromnetz den Strom nicht aufnehmen könne und derzeit auch eine Speicherung nicht möglich sei. Um diese Problematik zu erörtern, hat der Petitionsausschuss in seiner Sitzung am 21. November eine Beratung mit Vertretern des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung durchgeführt.

Dabei bestätigte das Energieministerium zunächst, dass das vorhandene Stromnetz nicht in der Lage ist, die gesamte Strommenge, die durch Windenergie erzeugt werden kann, aufzunehmen. Während der Anteil der vom Netz genommenen, also abgeregelt Strommengen in Bezug auf die durch Windenergie erzeugte Strommenge in M-V im Jahr 2015 jedoch noch 4,25% betragen habe, sei sie im Jahr 2017 auf 3,06% abgesunken. Ebenso niedrig sei auch der Wert für das Jahr 2018. Die Absenkung dieses Wertes habe in den vergangenen Jahren

dadurch erreicht werden können, dass der Netzausbau vorangetrieben worden sei. Das Einspeisemanagement und die damit zusammenhängende Steuertechnik sind zudem verbessert worden. Die Errichtung der sogenannten „Thüringer Strombrücke“ ermöglichte zudem die Weiterleitung des in M-V erzeugten Stroms nach Süddeutschland.

Zudem wies der Vertreter des Energieministeriums darauf hin, dass es ein zu großer Aufwand sei, das Stromnetz durch Erweiterungen in die Lage zu versetzen, die Maximalleistung aller Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien aufzunehmen. Das Bundeswirtschaftsministerium habe daher einen Planwert ermittelt, wonach der Verzicht in Höhe von 3 % der eingespeisten erneuerbaren Energien zu einer Einsparung in Höhe von 30 % beim Netzausbau führe.

Auf Nachfragen der Ausschussmitglieder wies das Energieministerium darauf hin, dass der Ausbau der Stromnetze weiter vorangetrieben werde, um den erneuerbar erzeugten Strom möglichst vollständig nutzen zu können und die Abregelungen der Windkraftanlagen zu vermeiden. Zudem setze sich die Landesregierung dafür ein, die Rahmenbedingungen für die Sektorenkopplung zu verbessern, also erneuerbar erzeugte Energie auch im Bereich der Elektromobilität oder der Wärmeversorgung zu nutzen. Der Ausschuss verständigte sich im Ergebnis der Beratung darauf, dem Landtag zu empfehlen, das Petitionsverfahren abzuschließen.

Aussage wird geprüft

Ausschussvorsitzender informiert Staatsanwaltschaft

■ Der Rechtsanwalt Ulf Skodda aus Wismar war am 30. September 2019 vor den Untersuchungsausschuss zur Arbeit der Wohlfahrtsverbände geladen, um über seine Tätigkeit als Vorsitzender des Landesverbandes der Arbeiterwohlfahrt auszusagen. Er hat dieses Amt in den Jahren von 2008 bis 2012 ausgeübt. Der Untersuchungsausschuss befasst sich unter anderem mit der Arbeit des Landesverbandes selbst, aber auch mit Vorwürfen und Strafverfahren im Zusammenhang mit Arbeitsverträgen zwischen der Arbeiterwohlfahrt Müritz bzw. AWO Müritz Service gGmbH und Peter Olijnyk bzw. Götz-Peter Lohmann.

Zu der Zeugenaussage von Ulf Skodda sind in den Medien Vorwürfe laut geworden, hier habe möglicherweise eine uneidliche Falschaussage vorgelegen. Eine solche uneidliche Falschaussage kann nach § 153 StGB mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bestraft werden, aber gegebenenfalls auch mit einer Geldstrafe.

Die Vorwürfe beziehen sich auf die Aussagen von Ulf Skodda zu seinen Kenntnissen über Arbeitsverträge der AWO Müritz bzw. der AWO Müritz Service gGmbH.

Zur Klärung des Sachverhalts hat der Ausschussvorsitzende des Untersuchungsausschusses „Wohlfahrtsverbände“, Jochen Schulte, die einschlägigen Unterlagen des Ausschusses an die Staatsanwaltschaft mit der Bitte um Prüfung übergeben.

NSU-Anhörung

Sachverständige gibt Überblick über mögliches Unterstützernetzwerk des NSU in M-V

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Landtages M-V zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten (Nationalsozialistischer Untergrund) in M-V tagte am 8. November im Plenarsaal des Schweriner Schlosses. Auf der Tagesordnung stand die öffentliche Anhörung der Sachverständigen Andrea Röpke, die als Autorin, investigative Journalistin und Expertin der rechtsextremen Szene bereits vor mehreren Untersuchungsausschüssen sprach.

Den Schwerpunkt legte die Sachverständige, Andrea Röpke, auf das Unterstützernetzwerk des NSU-Trios und mögliche rechtsextreme Verbindungen nach M-V: „Es gibt belegbare, intensive Kontakte zwischen Rechtsextremisten aus Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern seit den 90er Jahren.“ In der zweieinhalbstün-

digen Ausschusssitzung zeichnete sie die Unterstützerstrukturen in den Nordosten des Landes nach. Sie gab Hinweise auf rechtsextreme Vereinigungen, wie Blood & Honour oder die Artgemeinschaft, deren Anhänger unter anderem in direktem Kontakt zu den 2018 verurteilten Unterstützern Ralf Wohlleben und André Eminger standen.

Frau Röpke ist sich sicher, dass der NSU keine isolierte Terrorzelle, sondern vielmehr ein weitreichendes Netzwerk von Unterstützern und Mitwissern war. Neben dem Mord an Mehmet Turgut 2004 in Rostock und den beiden Banküberfällen in Stralsund 2006 sowie 2007 ist ebenfalls belegt, dass Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in M-V mehrfach Urlaub machten: „Das NSU-Trio fühlte sich nachweislich in Mecklenburg-Vorpommern und an der Ostsee [...] heimisch, kannte dort viele Rechtsextremisten, war dort immer wieder vor Ort.“

Der 2. Parlamentarische Untersuchungsausschuss will mithilfe von Beweisanträgen, Sachverständigen- und Zeugenanhörungen aufklären, wie es zu den Taten



Foto: Landtag M-V

Die Ausschussvorsitzende Ann Christin von Allwörden mit der Autorin und Journalistin Andrea Röpke.

des NSU kommen konnte und auf welche Strukturen er möglicherweise in M-V zurückgriff. Auch die Frage, warum das Trio über einen so langen Zeitraum hinweg, trotz der V-Leute im direkten Umfeld, unzählige Straftaten verüben konnte, ohne dabei gefasst zu werden, beschäftigt die Abgeordneten des Landtages.

Frist für Beisetzung

Expertenkommission „Bestattungskultur in M-V“

Am 11. November hat die Expertenkommission beschlossen, dass der Landtag bei einer Novellierung des Bestattungsrechts auch eine Ergänzung der Bestimmungen über Ordnungswidrigkeiten überprüfen soll. Auch die Vorschriften für Umbettungen sollen auf den Prüfstand. Außerdem hat sich die Kommission für die Einführung eines Sterbegeldes ausgesprochen, die allerdings auf Bundesebene geregelt werden soll. Für die Beisetzung von Urnen soll nach der Kremierung eine Frist von sechs Monaten gelten. Jedoch soll ermöglicht werden, für eine befristete Übergangszeit die Urnen auch mit nach



Foto: Uwe Sinnecker

Hause zu nehmen. Eine Ascheteilung etwa für Erinnerungsdiamanten wurde abgelehnt.

Zu der Thematik der Grabsteine aus Kinderarbeit spricht sich die Kommission dafür aus, dass der Gesetzgeber hier eine geeignete Lösung für ein Verbot

sucht. Damit hat die Expertenkommission praktisch das gesamte Spektrum des Bestattungsrechts abschließend erörtert. Zum Ende dieses Jahres soll der Abschlussbericht mit gegebenenfalls eingereichten Sondervoten dem Landtag zugeleitet werden.

Neue Abgeordnete

■ **Dagmar Kaselitz** ist seit 28. November Mitglied des Landtages M-V. Sie rückte für **Mathias Brodkorb** nach, der am 12. November den Verzicht auf sein Landtagsmandat erklärt hatte. Die Landeswahlleiterin hat Dagmar Kaselitz als Listennachfolgerin der Landesliste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) bestimmt und Landtagspräsidentin Birgit Hesse darüber unterrichtet. Dagmar Kaselitz war bereits in der 6. Wahlperiode Mitglied des Landtages.



Foto: SPD-Fraktion

Partnerschaft der Parlamente

■ Am 30. November wurde im Abgeordnetenhaus von Berlin erstmalig die Alexander-Longolius-Plakette an die Gründungsmitglieder der deutsch-amerikanischen Vereinigung der Landesparlamentarier (Partnerschaft der Parlamente – PdP) vergeben. Gemeinsam mit weiteren Landtagsabgeordneten hatte Alexander Longolius, seinerzeit Mitglied des Abgeordnetenhaus von Berlin, den Verein 1983 in San Francisco zur Förderung „der intensiven freundschaftlichen Bezie-

hungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada“ gegründet.

Neben Abgeordneten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Landesparlamenten, „die sich für die Aufgaben und Ziele der Vereinigung besonders einsetzen und sie unterstützen wollen“, können auch „Landesparlamente und ihre Fraktionen korporative Mitglieder werden“. Von dieser Option hat der Landtag M-V mit der Erklärung seines Beitritts am 19. November 1998 Gebrauch gemacht.

Korporative Mitglieder wirken über den Beirat am Vereinsleben mit. Der Beirat berät den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben und achtet insbesondere auf eine angemessene Berücksichtigung der Länderinteressen bei der Pflege der transatlantischen Beziehungen. Insbesondere berät er den Vorstand bei der Zusammensetzung von Delegationen, die in die USA oder nach Kanada reisen. Der Beirat besteht aus je einer Vertreterin/einem Vertreter der Länderparlamente, die von diesen in eigener Verantwortung entsandt werden. Der Landtag M-V wird im Beirat durch seine 1. Vizepräsidentin, Beate Schlupp, vertreten.

Schweigeminute für Rudolf Borchert

Rudolf Borchert

4. Januar 1952
13. November 2019



Die Abgeordneten des Landtages M-V haben zu Beginn der Plenarsitzung am 13. November mit einer Schweigeminute des am Vortag verstorbenen ehemaligen Abgeordneten Rudolf Borchert gedacht. Rudolf Borchert gehörte dem Landtag M-V von 1998 bis 2016 an. Er war stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion und haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion. In der 6. Wahlperiode war er Vorsitzender des Energieausschusses. „Uns allen wird er als streitbarer Kämpfer für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Erinnerung bleiben. Rudi Borchert war über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg aufgrund seiner fachlichen Kompetenzen anerkannt sowie seiner menschlichen und positiven Ausstrahlung wegen beliebt“, so Landtagspräsidentin Birgit Hesse.

Frischer Wind im Landtag

■ Mit dem neuen Ausbildungsjahr sind zwei neue Auszubildende, Tom Titz und Eva Jolin Klage, in der Landtagsverwaltung in ihr Berufsleben gestartet. Auch die neuen FSJler, Isabell Bockholt, Michéle Marie Minnie und Felix Hohlfeld, sind seit September bei der Verwaltung aktiv. Am 4. Dezember sind die neuen Gesichter von Landtagspräsidentin Birgit Hesse im Schweriner Schloss begrüßt worden.

„Hier im Landtag M-V zu arbeiten, war schon lange mein großer Wunsch“, sagt Eva Jolin Klage. Seit Ende September dieses Jahres absolviert sie eine kaufmännische Ausbildung für Büromanagement in der Verwaltung des Landtages. In den nächsten drei Jahren wird sie die Aufgaben und Funktionen der Landtagsverwaltung besser kennenlernen und in ihr Berufsleben einsteigen. Ihre Ausbildung macht Eva Jolin Klage dabei im Referat für Bauangelegenheiten und Betriebstechnik. Als angehende Kauffrau für Büromanagement ist sie dort unter anderem für die Postbearbeitung zuständig und nimmt an Planungsberatungen teil. Die Entscheidung, eine Ausbildung im Landtag zu machen, fiel der 17-Jährigen nicht schwer: „Schon sehr früh war für mich klar: ich möchte im Büro arbeiten. Als ich gehört habe, dass der Landtag eine solche Ausbildung anbietet, musste ich nicht zweimal überlegen.“

Etwa einen Monat früher als Eva Jolin Klage, am 19. August, hat Tom Titz seine dreijährige Verbundausbildung zum Gärtner begonnen. Im Bereich Bewirtschaftung von Liegenschaften ist er unter anderem für das Pflastern der Außenanlagen und die Instandhaltung der Grünanlagen mitverantwortlich. Durch seine Verbundausbildung ist er jedoch nicht nur im Landtag unterwegs: auch bei der Firma Kirsch in Kobande sammelt der 17-Jährige reichlich Erfahrungen. „Gerade die Möglichkeit einer Verbundausbildung hat mir super gefallen“, so Tom Titz.



Foto: Landtag M-V

v.l. Eva Jolin Klage, Michéle Marie Minnie, Isabell Bockholt, Felix Hohlfeld, Tom Titz, Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Landtagsdirektor Armin Tebben

Doch nicht nur die Auszubildenden, auch die neuen FSJler haben im September dieses Jahres ihre neue Tätigkeit aufgenommen. „Ein Freiwilliges Soziales Jahr hier im Landtag zu machen – das ist wirklich eine tolle Erfahrung“, zeigt sich Isabell Bockholt erfreut. Zusammen mit Felix Hohlfeld und Michéle Marie Minnie ist sie eine von drei neuen FSJlern in der Landtagsverwaltung.

Schon seit 2008 bietet der Landtag in den Abteilungen der Stabsgruppe und der Parlamentarischen Dienste und seit 2012 auch im Bereich Denkmalpflege jungen Menschen die Möglichkeit, ein Jahr lang praktische Erfahrungen in Parlament und Verwaltung zu sammeln.

Isabell Bockholt hat sich dabei für die Parlamentarischen Dienste entschieden, wo sie im Sekretariat des Rechtsausschusses tätig ist. Ihr Aufgabenbereich umfasst die Vor- und Nachbereitung von Ausschusssitzungen, die Archivierung von Drucksachen und das Einsammeln von Unterschriften der Abgeordneten bei Sitzungen. „Bereits zu Schulzeiten habe ich ein Praktikum in der Verwaltung gemacht - das hat mir damals sehr gut gefallen“ erinnert sich Isabell Bockholt, die nach ihrem FSJ Politikwissenschaften studieren möchte. Das ist auch der Plan von Felix Hohlfeld, der in der Stabsgruppe der Verwaltung sein FSJ absolviert. Dort ist er in die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit und Demokratische Teilhabe eingebunden. Unter anderem ist er an der Betreuung

der Social-Media-Kanäle des Landtages beteiligt. „Der Landtag ist unheimlich facettenreich, das merkt man hier jeden Tag“, konstatiert der 18-Jährige. Für das Freiwillige Jahr im Landtag habe ihn vor allem sein großes Interesse für Politik und Medien motiviert.

Bei Michéle Marie Minnie, die im Bereich Denkmalpflege arbeitet, war es vor allem das Interesse für Archäologie, welches sie zu ihrem FSJ veranlasst hat. In ihrem Arbeitsalltag verfasst Michele regelmäßig Texte und recherchiert zu allerlei Themen rund um Denkmalpflege und Welterbe – auch bei der diesjährigen Welterbetagung in Schwerin war sie mit dabei. Beruflich will Michéle Marie Minnie eine ähnliche Richtung einschlagen und Archäologie studieren: „Hier im Bereich Denkmalpflege kann ich ganz unmittelbar Praxiserfahrungen sammeln, die ich bestimmt im späteren Berufsleben anwenden kann“, freut sich die gebürtige Kielerin.

Am 4. Dezember wurden die neuen FSJler und Azubis nun auch ganz offiziell von Landtagspräsidentin Birgit Hesse im Schweriner Schloss begrüßt: „Wir wünschen unseren neuen Azubis eine erfolgreiche Ausbildung und allen eine schöne und hoffentlich erkenntnisreiche Zeit im Landtag“, so Birgit Hesse.

Felix Hohlfeld



Foto: Hans Petersen, Stadtarchiv Schwerin

Bergsteiger statt Gerüst

Restauratorin erahnte die Chancen fürs Schloss

Andreas Frost

■ Im Oktober 2020 jährt sich zum 30. Mal der Tag, an dem der Landtag des neu gegründeten Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern ins Schweriner Schloss einzog. Das Jahr vor dem Einzug war eines der spannendsten und abwechslungsreichsten der jüngeren deutschen Geschichte. Am 9. November 1989 war nach 28 Jahren die innerdeutsche Grenze geöffnet worden. Bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 überschlugen sich in der DDR die Ereignisse. Manche Details drohen in Vergessenheit zu geraten. Deshalb wollen wir in dieser und den folgenden Ausgaben der "Landtagsnachrichten", Zeitzegen zu Wort kommen lassen, die diese so ereignisreiche Phase in Bezug zum Schweriner Schloss miterlebt haben und diese Details erinnern.

„Das war eine ganz andere Welt, die sich da aufatet“, erinnert sich Ewa Prync-Pommerencke, „wir haben die neuen Chancen erahnt, lange bevor der Einzug des Landtags im Gespräch war.“ Seit der Wende im November 1989 freute sie sich darauf, verlässlicher planen zu können und vor allem Materialien zu bekommen, die in der DDR kaum zu bekommen waren.

Ewa Prync-Pommerencke hatte 1989 ihren Arbeitsplatz im Schweriner Schloss. Seit 1977 arbeitete die ausgebildete Diplomarchitektin in der alten Residenz als Denkmalpflegerin. Nach solch einer Arbeit hatte sie gesucht. „Vorher im Industrie-Bau-Kombinat in Schwerin konnte ich Gebäudeentwürfe und Baudetails nur aus einem Katalog aussuchen.“

Ende 1989 rechnete kaum jemand im Schloss damit, dass der Landtag von M-V zehn Monate später hier einziehen würde. Damals herrschte hier ein reges Leben. 30 Jahre lang – von 1952 bis 1981 – war das Schloss von der Pädagogischen Schule für angehende Kindergärtnerinnen genutzt worden, von denen bis Anfang der 70er Jahre viele im Schloss wohnten. Inzwischen waren die Restauratoren dabei, vielen historischen Räumen nach und nach ihre wahre Pracht

zurückzugeben und sie als Museum für die Bevölkerung zu öffnen. Die Schlosskirche wurde – mit einer kurzen Unterbrechung im Jahr 1946 – seit 1918 von der Schlosskirchengemeinde genutzt und war inzwischen stark sanierungsbedürftig. Die dafür notwendigen Mittel waren aber nicht vorhanden. In der dritten Etage tagte der Bezirkstag in jenem Plenarsaal, der 1949 für den drei Jahre später aufgelösten Landtag eingebaut und 1978 bis 1982 für die neue Nutzung als Sitzungssaal umgebaut worden war.

Neben den Vorgängern der heutigen drei Nutzer – Museum, Landtag M-V und Schlosskirche – war im Schloss das Museum für Ur- und Frühgeschichte mit einer archäologischen Ausstellung und einer Werkstatt untergebracht. In der Orangerie und den angrenzenden Räumen zog das Polytechnische Museum neugierige Besucher an, obwohl die Räume feucht, dunkel und unzweckmäßig waren. Im Festsaal fanden Konzerte, Lesungen, das jährliche „Poetenseminar“ und Jugendweihen statt, aber der Saal hatte eine schlechte Akustik und einige Sitzplätze, die keinen Sichtkontakt zu der Bühne besaßen. Im vierten Stock hatte sich die Schweriner Philharmonie einquartiert. Junge Musiker und Sängerinnen kamen

täglich ins Schloss, um in der Außenstelle der Berliner Musikhochschule "Hanns Eisler" ihren Studien nachzugehen.

Das Schloss als Gebäude indes war stiefmütterlich behandelt worden. Immerhin stand es jedoch auf der Denkmalliste. 1974 waren die denkmalpflegerische Zielstellung erarbeitet und eine behutsame Sanierung begonnen worden.

Ewa Prynck-Pommerencke erinnert sich an die Schwierigkeiten. „Das richtige Material und rechtzeitig Arbeitskräfte zugeordnet zu bekommen, war nicht immer einfach.“ Wenn umfangreiche Dach- oder Fassadenarbeiten durchgeführt werden mussten, klafften Material- und Arbeitskapazitäten schon einmal auseinander. Entweder mussten die Arbeiten gestoppt werden, weil das Baumaterial ausging und der Nachschub noch nicht eingetroffen war oder das Material stapelte sich vor Ort, weil niemand den Auftrag hatte, es zu verarbeiten. Ewa Prynck-Pommerencke berichtet von Improvisationen. Der akut reparaturbedürftige Hauptturm zum Beispiel wurde 1981 provisorisch von Bergsteigern eingedeckt, die sich von der Turmspitze abseilten. Ein Gerüst, die Dachdecker und der Schiefer für eine Instandsetzung waren nicht aufzutreiben gewesen. An anderer Stelle wurden die Perlstabornamente an einigen Rahmen mit Zahnersatz-Gussmasse oder fehlende Zinkgussäulen in Stuck nachgeformt. Manche Materialien wie Kupferbleche, Blattgold, Edelhölzer und Schiefer waren in der DDR kaum zu bekommen.

Wie sich die Zeiten änderten, verdeutlicht die Architektin an den Ledertapeten aus dem ehemaligen Ministerzimmer. Sie waren alt, ausgetrocknet und brüchig. Vor allem fehlten einige Teile. Ein Lederrestaurator in Berlin bekam den Auftrag, die Originalledertapeten zu bergen und aufzuarbeiten und aus Kalbsleder Ergänzungsstücke anzufertigen. Zur Prägung der rekonstruierten Tapeten benötigte er eine Prägeplatte. „Die große und schwere Prägeplatte aus Messing konnte nur mit viel Beharrlichkeit und Glück besorgt werden.“ Mit großem handwerklichen Geschick gravierte der in Eisenach ansässige Kunsthandwerker die Muster in die Platte. „Diese Arbeit wäre nach der Wende wiederum kaum noch zu bezahlen gewesen.“ Glücklicherweise wurde sie

noch vor der Wende beendet. Auch der Lederrestaurator wurde vor der Wende fertig. Allerdings sind die neuen Ledertapeten in den turbulenten Zeiten der Wende verschwunden. Die geborgenen historischen Stücke warten noch darauf, restauriert zu werden.

Den Leerlauf zu DDR-Zeiten nutzten die Schloss-Sanierer, um Arbeiten vorzubereiten. Holzschutzgutachten wurden angefertigt, Farben analysiert, die Statik vermessen, nach versteckten Schäden gesucht. Sie fanden auch Überraschendes, wie die Reste der Raumgestaltung aus dem 16. Jahrhundert im Haus über der Schlosskirche. „Diese Vorarbeiten waren nach der Wende sehr wertvoll“, berichtet die Architektin.

Sie hoffte, nun die Betriebe selbst aussuchen zu können und nicht bei vorgesetzten Stellen um die Zuteilung von Arbeitskräften bitten zu müssen. Bereits Ende 1989 boten auch manche Restauratoren aus der Bundesrepublik ihre Dienste an. Das führte zu Irritationen. Im Westen war die Berufsbezeichnung Restaurator nicht geschützt. Es kamen zumeist Handwerker, die auch durchaus etwas von ihrem Fach verstanden. Aber in der DDR, so erläutert Ewa Prynck-Pommerencke, haben die Restauratoren die Arbeiten quasi wissenschaftlich geplant und führten aus, was künstlerisch und technologisch anspruchsvoll war. Nach ihren Vorgaben haben schließlich die in der Denkmalpflege erfahrenen Handwerker die Arbeiten ausgeführt.

Die Freude über die neuen Zeiten bekam zwischenzeitlich einen Dämpfer. Es fühlte sich niemand mehr für die Abteilung Schlossrestaurierung zuständig. Das Geld blieb aus, begonnene Arbeiten konnten nicht bezahlt werden. Die gesamte Abteilung wurde in Kurzarbeit geschickt und die Mitarbeiter mussten sich anschließend beim Stadtbauamt neu bewerben.

Als im Sommer 1990 in kürzester Zeit der Einzug des Landtags vorbereitet wurde, war Ewa Prynck-Pommerencke längst wieder mit an Bord. Der Denkmalschutz hat beim schnellen Umbau für den Landtag nicht immer oben gestanden, räumt sie ein. Für das Schloss aber sei es ein Segen, einen derart prominenten



Foto: Andreas Frost

Die ehemalige Landeskonservatorin Ewa Prynck-Pommerencke arbeitete seit 1977 als Denkmalpflegerin im Schweriner Schloss.

Hausherren zu haben. Die Freude über die Wende hat sich die Architektin stets bewahrt. 1991 wechselte sie ins Landesamt für Denkmalpflege. 2006 wurde sie Mecklenburg-Vorpommerns Landeskonservatorin. In all den Jahren hat sie sich für den Erhalt unzähliger denkmalgeschützter Gebäude in M-V eingesetzt. Für sie war das eine Aufgabe, von der sie bereits als junge Studentin geträumt hatte.

Ereignisse im Dezember 1989

Am 1. Dezember 1989 wurde der Führungsanspruch der SED aus der DDR-Verfassung gestrichen.

Am 3. Dezember traten das Politbüro und das Zentralkomitee der SED zurück.

Am 4. Dezember begann die Besetzung der Stasi-Dienststellen unter anderem in Rampe bei Schwerin, Rostock und Neubrandenburg.

Am 06. Dezember trat Egon Krenz als Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates der DDR zurück.

Am 7. Dezember tagte zum ersten Mal der Zentrale Runde Tisch in Berlin.

Am 22. Dezember wurde das Brandenburger Tor in Berlin für Fußgänger geöffnet.

Am 31. Dezember wurde das Begrüßungsgeld abgeschafft, das DDR-Bürger seit 1970 bei Reisen in die Bundesrepublik erhielten. Seit 1988 betrug es 100 Mark.



Die Decke des alten Plenarsaals im 3. Obergeschoss des Burgseeflügels muss komplett erneuert werden. Die Fraktionsräume im 4. Obergeschoss können während der Baumaßnahme nicht genutzt werden.

Sanierung des Burgseeflügels

Parlamentarische Baukommission berät über Baumaßnahmen

■ Am 6. November sind Abgeordnete des Landtages sowie die Landtagspräsidentin zur 45. Sitzung der parlamentarischen Baukommission zusammengekommen. In diesem Gremium werden die wichtigsten Baumaßnahmen am und im Schloss besprochen. Schwerpunkte waren diesmal: ein Überblick über die aktuellen Baumaßnahmen und die Sanierung des Burgseeflügels sowie der Ausbau von Tagungsräumen.

Zurückblickend auf das Jahr 2019 fasste Landtagspräsidentin Birgit Hesse die aktuellen baulichen Maßnahmen zusammen. Demnach sind die baulichen Restleistungen im neuen Plenarsaal bis auf wenige Punkte fertiggestellt. Der Bau von zwei Löschwasserelementen für das Schweriner Schloss konnte im Mai abgeschlossen werden. Bis Jahresende sollen die Sanierungsarbeiten an der Sandsteinfassade des Kirchenchores und die Arbeiten am Sockel der Nordbastionswand sowie die Restaurierung des Teepavillons abgeschlossen werden. Die Instandsetzung des Vorhofs ist als jahresübergreifende Maßnahme geplant und soll nach einem teilweisen Abbau der Gerüste zum Jahreswechsel Ende April 2020 vollständig abgeschlossen werden.



Ornament mit Weintraube.



Auch der Medaillonsaal wird als Winterquartier für Pflanzen genutzt.

Als künftige Baumaßnahmen stehen die Teilsanierung des Burgseeflügels und der Neubau von Tagungsräumen an. Nach einem öffentlichen Vergabeverfahren hat das Planungsbüro CR Schwabe die Planungen für den Konferenzbereich und die oberen Etagen des Burgseeflügels aufgenommen. Vorgesehen ist der Bau von zwei Tagungsräumen, von denen der kleinere ebenfalls für Landespressekonferenzen genutzt werden soll. Darüber hinaus ist ein Raum für die Pausenversorgung der Abgeordneten vorgesehen. Zwischen Plenar- und Konferenzbereich soll eine WC-Anlage angeordnet werden, ebenso wie darunter im 2. Obergeschoss nahe des Schlosscafés. Die Gesamtkostenprognose hierfür bleibt



Hinter den Rundbogenfenstern befindet sich der Medaillonsaal des Schweriner Schlosses.

nach derzeitigem Planungsstand im Rahmen der Haushaltsanmeldungen von ca. 15,5 Mio. Euro. Die Bauausführungen sollen im Sommer 2020 mit der Mauerwerkssanierung im 3. Obergeschoss und der Entkernung des 4.-6. Obergeschosses beginnen. Die Büros in der 6. Etage sollen nach der Sommerpause 2021, also zum Legislaturperiodenwechsel, wieder genutzt werden können, die Fraktionsräume und der Konferenzbereich etwa ein Jahr später.

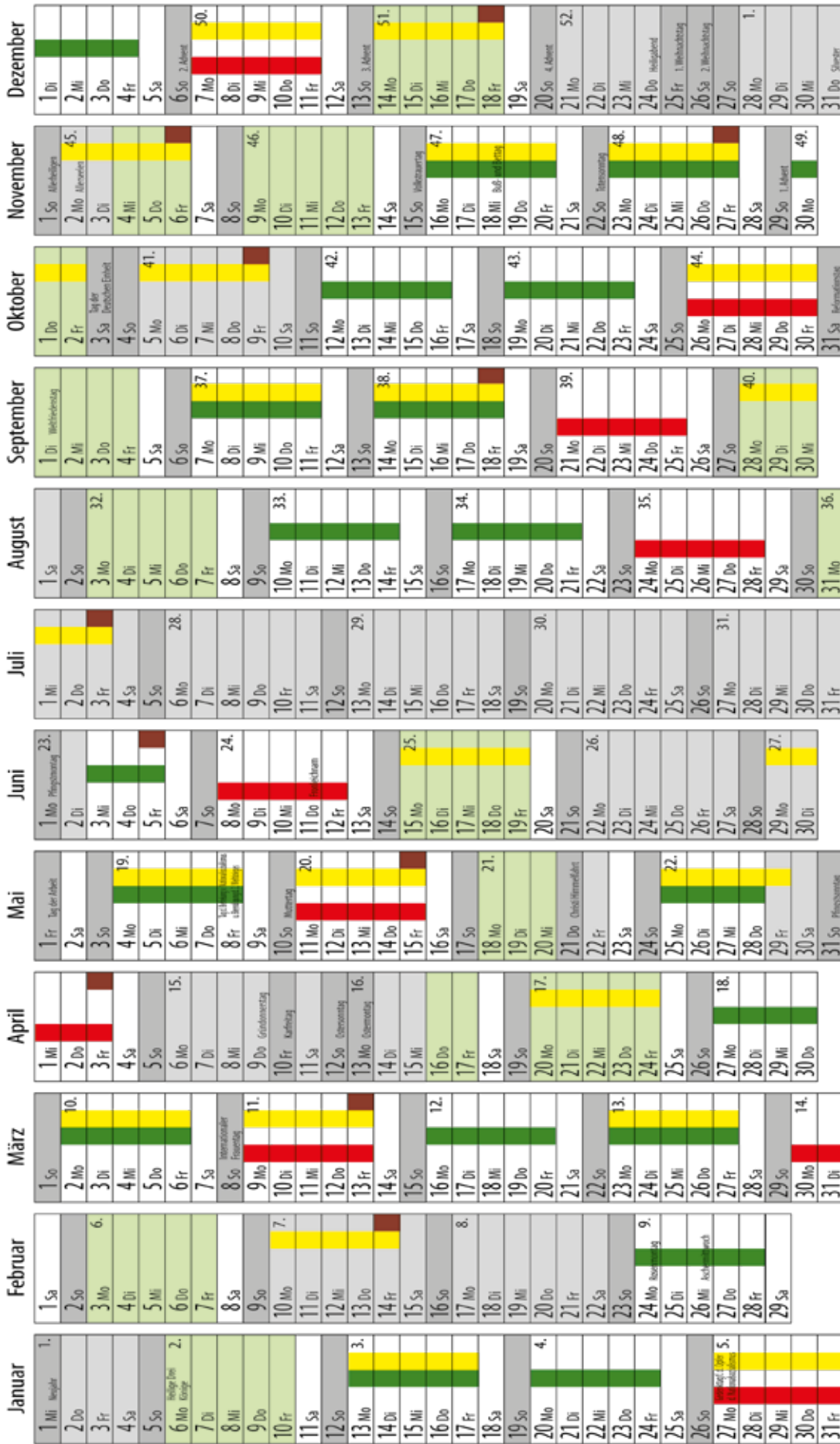
Im Tiefkeller des Schlossgartenflügels ist der Bau einer zentralen Garderoben- und Toilettenanlage für die Besucher des Landtages und des Museums vorgesehen. Hierfür haben die Rückbauarbeiten bereits im Sommer 2019 begonnen. Auch unter dem linken Hauptportalturm soll eine Garderobe für die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung eingerichtet werden.

Die Sanierung der Westbastion und der Ausbau zu einem Besucherzentrum soll beschleunigt werden und verbleibt in der Zuständigkeit des Finanzministeriums.

2020 soll die Grundinstandsetzung der Fassaden abgeschlossen werden. Der Fokus liegt hier auf der Vervollständigung des Skulpturenprogramms der Schlossfassaden. Im Bauunterhalt wird die Fassadeninstandsetzung an der stadtseitigen Hauptportalfassade ab Ende Mai 2020 fortgeführt.

Aufgrund des Betreiberwechsels in der Schlossgastronomie soll der Ausbau des Medaillonsaals für eine ganzjährige gastronomische Nutzung beschleunigt werden. Hier ist eine intensive Nutzerabstimmung erforderlich, da der Betrieb der Orangerie in den Sommermonaten weitergeführt werden soll. Auch die Planung dieser Baumaßnahme ist an den Landtag übertragen worden.

Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2020



Schloss, Lennestraße 1, 19053 Schwerin
 Telefon: 0385/525-0, Telefax: 0385/5252121
 E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de



Stand: 22. Mai 2019



Die 1. Vizepräsidentin des Landtages M-V, Beate Schlupp, hat am 29. November eine Delegation aus Toledo (Brasilien) im Rahmen eines Besuchsprogrammes in M-V empfangen. Danach gab es eine kurze Führung durch das Schloss. Anlass des Besuchs waren Gespräche zu Projekten, die unter anderem die Stadt Toledo mit der Firma Me-Le aus Torgelow plant.

Von links nach rechts: Dr. Stefan Rudolph (Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommerns), Beate Schlupp (1. Vizepräsidentin des Landtages M-V), Neudi Mosconi (Umweltsekretär der Stadt Toledo), Lúcio de Marchi (Bürgermeister der Stadt Toledo), Dietrich Lehmann (Geschäftsführer der Firma Me-Le)

Die Präsidentin des Landtages M-V, Birgit Hesse, ist seit dem 29. November auch die neue Präsidentin des Tourismusverbandes M-V. Auf der Mitgliederversammlung des Landestourismusverbandes wurde sie einstimmig in das Amt gewählt. Damit übernimmt sie die Funktion der verstorbenen Sylvia Bretschneider in der Doppelspitze des Verbandes. Wolfgang Waldmüller bleibt dem Tourismusverband M-V als Vorstandsvorsitzender erhalten. „Tourismus ist die Branche, die uns wie keine zweite mit der Welt in Kontakt bringt, die Austausch und Begegnungen ermöglicht, uns Erfahrungen sammeln lässt über andere Regionen und Menschen. Als Präsidentin möchte ich dem Tourismusverband M-V gemeinsam mit Wolfgang Waldmüller in den nächsten Jahren mit Rat und Tat zur Seite stehen. Dabei möchte ich an die Leistungen Sylvia Bretschneiders anschließen, ihren Einsatz für den Tourismus zum Vorbild nehmen und freue mich nicht zuletzt auf den Austausch und die Begegnung mit allen am Tourismus beteiligten Akteuren“, sagte Birgit Hesse.

Am 17. November gedachte der Landtag M-V anlässlich des Volkstrauertages der Opfer von Krieg und Gewalt. Nach einer Kranzniederlegung am Alten Friedhof fand im Plenarsaal des Schweriner Schlosses eine Gedenkstunde statt. „Gerade an diesem Tag werden wir uns unserer geschichtlichen Vergangenheit bewusst, lernen wir diese zu reflektieren“, so Landtagspräsidentin Birgit Hesse. Gleichzeitig sei der Volkstrauertag aber auch ein Anlass in die Zukunft zu schauen: „In eine Zukunft, die wir selbst bestimmen können und in der Gewalt und Terror keinen Platz haben dürfen.“ Der Volkstrauertag wird jedes Jahr zwei Sonntage vor dem 1. Advent begangen.

Foto: Cornelius Kettler

Wir wünschen
allen Leserinnen und Lesern
ein besinnliches Weihnachtsfest.

„Höfische Weihnacht“

In der Zeit vom
13. bis zum 22. Dezember
findet täglich
von 11 bis 22 Uhr
im Innenhof des
Schweriner Schlosses
der Weihnachtsmarkt
„Höfische Weihnacht“
statt.

Der Eintritt kostet 2 Euro.
Kinder und Jugendliche
unter 18 Jahren zahlen
nichts.